Die nationale Aufgabe der deutschen politischen Tagespresse in Westpreußen (Pommerellen)

dargestellt an der „Deutschen Rundschau in Polen“
1925 — 1930

◆

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades genehmigt von der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

Von

Traugott Mense

aus Altburgund (Schubin) im Warthegau Posen

Tag der Promotion: 9. Juli 1940

Tag der mündlichen Prüfung: 2. Februar 1940

Druck: A. Müller vorm. Wedelsche Hofbuchdruckerei, Danzig, Jopengasse 8

P 36

Berichterstatter:

Professor Dr. Dovifat
Professor Dr. Laubert

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Lebenslauf

Am 30. 7. 1915 bin ich als Sohn des Pfarrers Ernst Mense in Milostowo, Kreis Birnbaum, Provinz Posen, geboren. Ich besuchte das deutsche Gymnasium in Bromberg und das deutsche Gymnasium in Graudenz, wo ich im Jahre 1935 die Reifeprüfung bestand. Im Wintersemester 1935-1936 begann ich das Studium an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. Ich belegte Vorlesungen über Zeitungswissenschaft, Volkswirtschaft und Philosophie. Als Volksdeutscher aus Polen gehörte ich dem Bund auslandsdeutscher Studenten an und zwar der Bundesführung in Berlin. Zu gleicher Zeit war ich Mitglied der Jungdeutschen Partei für Polen. 1938 praktizierte ich 4 Monate in der Schriftleitung der „Deutschen Nachrichten" in Posen.

Im Sommer 1939 arbeitete ich im SS-Hauptamt-Ergänzungsamt. Im September wurde ich zum Stab des Selbstschutzführers Westpreußen nach Bromberg einberufen. Während meines Urlaubes legte ich am 2. Februar 1940 die mündliche Prüfung zum Dr. phil. an der Universität Berlin ab. Anschließend wurde ich zur Dienststelle des Höheren SS- und Polizeiführers nach Danzig berufen.

Danzig, den 22. Juni 1940

Traugott Mense

Gliederung

A. Einleitung.

1. Die Lage der deutschen Volksgruppe in Polen, besonders in Pommerellen (Westpreußen), um das Jahr 1925.
2. Die deutsche politische Tagespresse im Jahre 1925 in Westpreußen.
3. Die Aufgabe der deutschen Presse in Polen in ihrer Entwicklung.

B. Die nationale Aufgabe der deutschen politischen Tagespresse in Westpreußen.

4. In der publizistischen Auseinandersetzung über die Ausweisung der Optanten.
5. In der polnischen Liquidationspolitik.
6. In den Anfängen der Agrarreform.
7. In der polnischen Pressepolitik während der Prozesse gegen das Deutschtum.
8. In der täglichen publizistischen Auseinandersetzung.

C. Schluß.

9. Zusammenfassung.
10. Quellenangabe.

1. Die Lage der deutschen Volksgruppe in Polen, besonders in Pommerellen (Westpreußen), um das Jahr 1925.

Durch das Versailler Schanddiktat wurden vom Reich die aufblühenden deutschen Provinzen Westpreußen, Posen und Ostoberschlesien dem neuerstandenen polnischen Staatsgebilde zugeschlagen. Auf Kosten von Österreich erhielt Polen Galizien und das Teschener Gebiet, während die Russen den Polen Westwolhynien abtreten mußten.

Diesem neuerstandenen Polen fiel im Osten folgende Rolle zu [1]):

„Erstens erklärte sich Polen unter Berufung auf eine angeblich tausendjährige Mission zum Erbfeind der Deutschen. Es begründete damit nicht nur seine Ansprüche auf deutsches Reichsgebiet, sondern geradezu seine Existenzberechtigung und empfahl sich so den Siegermächten als zuverlässigen, zu jeder Zeit einsatzfähigen Alliierten zur Niederhaltung Deutschlands. Zweitens: Es wurde in dieser Funktion von den Westmächten bestätigt und durch Einbeziehung zunächst in das französische Bündnissystem beauftragt, den östlichen Sektor der permanenten Einkreisung zu übernehmen und die Tradition der Zweifrontenlage für Deutschland fortzusetzen. Das deutsch-polnische Verhältnis wurde drittens von Anfang an durch die Überlassung einer starken deutschen Volksgruppe vergiftet, die sofort dem schärfsten Polonisierungszwang unterworfen war."

Polen hatte also die Aufgabe eines Polizisten der Alliierten im Osten übernommen. Es hatte in den Provinzen Posen und Westpreußen reiche Gebiete erhalten, deren große ertragreiche Güter zum größten Teil in deutschem Besitz waren, deren Oberschicht durchweg deutsch war, während die städtische wie ländliche Arbeiterschaft von den Polen gebildet wurde.

Diese polnische Unterschicht, geführt von einem fanatischen polnischen Klerus, hatte nun plötzlich die Macht in den Händen. Die Polen, berauscht von der unerwarteten Größe

[1]) Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges. Auswärtiges Amt 1939 Nr. 2 Berlin 1939. Gedruckt in der Reichsdruckerei. S. I.

ihres neuen Staates, gedeckt von den Westmächten und im Bewußtsein der tiefen Schwäche des zerbrochenen Reiches, begannen sofort mit einem unerbittlichen Ausrottungsfeldzug gegen die verbliebenen nationalen Minderheiten in Polen, im besonderen gegen die Deutschen.

Die Polen hatten sich in den langen Jahren ihrer Staatlosigkeit eine Idee erkämpft, deren tragende Pfeiler Volkstum und katholischer Marienkult hießen. Dazu kam der Glaube an den neuerstandenen polnischen Staat. Dieser polnische Nationalismus wirkte sich aus in Chauvinismus und Deutschenhaß.

Während die Polen ihren Kampf bewußt volkspolitisch führten, fühlten sich die Deutschen im neuen Polen als verlorene Staatsangehörige des Deutschen Reiches und glaubten, ohne eigenen Staat keine politischen Mittel in der Hand zu haben. Eine Volksgruppe als politischer Faktor im Staatsleben war ihnen noch nicht so recht bewußt. Sie hofften, wenn sie sich loyal zum polnischen Staate stellen und selbstlos an seinem Aufbau mithelfen würden, müßten die Polen sie als gleichberechtigte Staatsbürger anerkennen.

Die Polen haben vom ersten Augenblick an nicht daran gedacht, im Gegenteil, sie nutzten die weltanschauliche Zerrissenheit und die machtpolitische Ohnmacht der Deutschen aus, um so schnell als möglich ihr Ziel zu erreichen: die restlose Polonisierung der ehemals deutschen Provinzen.

Es ist erschütternd, die deutsche Presse in Polen aus jenen Jahren zu lesen und immer wieder die deutsche Bereitwilligkeit und Gutgläubigkeit zu finden, dagegen zu sehen, wie die Polen die gereichte Hand zurückstoßen.

Zwei Methoden haben die Polen hauptsächlich in den ersten Jahren angewandt, um die Bevölkerungsstruktur in diesen Gebieten entscheidend zu wandeln: 1. die rücksichtslose Ausweisung der deutschen Optanten. 2. die restlose Liquidation reichsdeutschen Eigentums in den ehemals deutschen Provinzen.

Wie skrupellos die Polen diese moderne Völkerverschiebung durchgeführt haben, schildert anschaulich ein Artikel der „Deutschen Rundschau" vom 7. November 1925, übernommen aus dem „Berliner Tageblatt":

> . . . „Das böseste Schicksal ist dem deutschen Volkstum in Polen bereitet worden. Die Zahl der Deutschen in den ehemaligen Provinzen Posen und Westpreußen wurde

vor dem Krieg auf 1 200 000 beziffert. Seit der Gründung des polnischen Staates bis Ende 1924 haben 850 000 dieser Deutschen ihre Heimat verlassen. In dieser amtlichen Aufstellung sind nur 20 000 vor 1925 abgewanderte Optanten einbegriffen. Die Zahl der Optanten ist aber in Wirklichkeit wesentlich höher. Im Verhältnis zu dieser im schlechtesten Sinne erstaunlichen Zahl ist die Rückwanderung von Polen aus Deutschland gering. Dazu kommen noch 80 000 Ostoberschlesier, die nach der Völkerbundsentscheidung heimatlos geworden sind. Im ganzen kann die Zahl der Deutschen, die aus Polen abwandern mußten, auf fast eine Million geschätzt werden."

Auf allen Lebensgebieten nahmen die Polen den Kampf mit dem Deutschtum auf. Sogar führende Staatsmänner der Westmächte zweifelten die Fähigkeit der Polen an, einen Nationalitätenstaat aufrechtzuerhalten. Dies beweisen die Worte des Britischen Premierministers Lloyd George aus dem Memorandum am 25. März 1919 [2]):

„ . . . Der Vorschlag der polnischen Kommission, 2 100 000 Deutsche der Aufsicht eines Volkes von anderer Religion zu unterstellen, das noch niemals im Laufe seiner Geschichte die Fähigkeit zu stabiler Selbstregierung bewiesen hat, muß meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen . . ."

Auf Grund dieser berechtigten Zweifel mußte Polen dann am 28. Juni 1919 mit den alliierten Mächten (Vereinigte Staaten, England, Frankreich, Italien und Japan) den Minderheitenschutzvertrag schließen, dessen wichtigste Bestimmungen lauten:

Artikel 2. „Die polnische Regierung verpflichtet sich, allen Einwohnern, ohne Unterschied der Geburt, der Staatsangehörigkeit, der Sprache, des Volkstums und der Religion, den umfassendsten Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit zu gewähren. Alle Einwohner Polens sollen das Recht auf freie, private und öffentliche Ausübung jeden Bekenntnisses, jeder Religion oder Weltanschauung haben, deren Betätigung nicht mit der öffentlichen Ordnung und gutem Willen unvereinbar ist."

Artikel 7. „Alle polnischen Staatsangehörigen sind vor dem Gesetz gleich und genießen, ohne Unterschied des Volks-

[2]) Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges. a. a. O.

tums, der Sprache und der Religion, die gleichen bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte. . . ."

Wie die Polen diesen Minderheitenschutzvertrag mißachteten, ist aus den Jahrgängen der „Deutschen Rundschau" ersichtlich und soll im Nachfolgenden gezeigt werden.

2. Die vorhandene deutsche politische Tagespresse in Pommerellen (Westpreußen) im Jahre 1925.

Lange vor der Gründung des neuen polnischen Staates hatten die Polen den großen Wert der Zeitung im Volktumskampf erkannt. Richtig erklärt Dr. Walter Günzel in seiner Schrift [3]) „Die nationale Arbeit der polnischen Presse in Westpreußen und Posen zur Zeit der Kanzlerschaft Bülows", daß der polnischen Jugend eingepflanzt wurde, die polnische Zeitung sei das Alpha und Omega, die Kristallisationsquelle allen wahrhaften Nationalbewußtseins.

Oder die „Praca" [4]) schreibt im Jahre 1901: „Wir ziehen auch kein einziges kräftiges Wort zurück, bedauern im Gegenteil, daß wir es nicht verstanden haben, zehnmal so viel Polen national zu erwecken."

1903 ruft der „Pielgrzym" [4]) aus: „Das Volk aufklären, es vortrefflich machen, veredeln und befähigen zur Verteidigung seiner größten Schätze — der Sprache und des Glaubens — das wird auch weiterhin die Hauptaufgabe des „Pielgrzym" sein."

Im gleichen Jahre gibt der „Kurjer Poznański" [5]) seine Parole aus: „Der „Kurjer Poznański" soll von jetzt ab klar und unzweideutig ein katholisch-nationales Organ sein."

Unter Zeitung verstanden die Polen also die schärfste Waffe im Volkstumskampf zur Erhaltung der Sprache, des Glaubens und des Bekenntnisses zum Volkstum. Sie erblickten in ihr das beste Instrument zum Aufputschen und Aufwiegeln gegen die herrschende Staatsgewalt.

Bei dieser Begriffsumschreibung leuchtet es ein, daß die Polen ihre erste und vordringlichste Arbeit auf dem Gebiet der

[3]) Die nationale Arbeit der polnischen Presse in Westpreußen und Posen zur Zeit der Kanzlerschaft Bülows 1900 - 1909. Von Walter Günzel. Disserration Leipzig 1933. S. 25.

[4]) Die „Praca" und der „Pielgrzym" waren polnische Minderheitenblätter in Preußen zur Zeit Bülows. Siehe Günzel S. 29.

[5]) „Kurjer Poznański" — Posen, gegr. 20. September 1906. Auflage 40000. Erschien zweimal täglich. Nationaldemokratische Richtung. Leser aus allen Bevölkerungsschichten. Für die oben angeführte Stelle Günzel S. 29.

Presse in der restlosen Zerschlagung des deutschen Zeitungswesens sahen.

Systematisch gingen die polnischen Behörden an die Lösung dieser Aufgabe heran. Alle Mittel wurden angewandt, um das deutsche Zeitungswesen in den ehemals deutschen Provinzen bis auf kümmerliche Reste auszuschalten.

Unzählige Verbote sollten das Erscheinen der Zeitungen erschweren. Prozesse gegen deutsche Schriftleiter, Verhaftungen deutscher Zeitungsunternehmer, Internierungen, schärfste Zensurmaßnahmen, Erschwerung der Nachrichtenübermittlungen durch Schließung deutscher Pressedienste und Aufkäufe deutscher Zeitungs- und Druckereiunternehmungen waren die Methoden, die zum Ziele führten.

Auf diese Weise wurden 22 deutsche Zeitungen gezwungen, ihr Erscheinen einzustellen, und zwar folgende Blätter [6]):

1. Die „Strasburger Zeitung" am 1. März 1920
2. das „Wreschener Stadt- und Kreisblatt" Mitte März 1920
3. die „Lessener Lokalzeitung" 1. April 1920
4. die „Berenter Zeitung" 1. April 1920
5. der „Lissaer Anzeiger" 1. Mai 1920
6. das „Konitzer Tageblatt" Ende Juni 1920. Erscheint am 1. Juli 1920 wieder verbunden mit der „Konitzer Tageszeitung"
7. die „Schubiner Zeitung" 26. Juni 1920
8. die „Stargarder Zeitung" 1. Juli 1920
9. die „Volksstimme" Thorn 10. Juli 1920
10. das „Rogasener Wochenblatt" 15. Juli 1920
11. der „Gesellige" Graudenz 1. Januar 1921
12. der „Mewer Wanderer" 1. Oktober 1920
13. die „Posener Neuesten Nachrichten" Mitte Oktober 1920
14. die „Czersker Zeitung" 14. November 1920
15. die „Neumarker Zeitung" 14. November 1920
16. die „Thorner Zeitung" 1. Januar 1921
17. „Die Presse" Thorn 31. Dezember 1920
18. die „Gnesener Zeitung" Ende Oktober 1920
19. das „Westposener Volksblatt" in Bentschen
20. die „Lobsenzer Zeitung"
21. die „Drewenzpost" in Löbau
22. die „Bromberger Presse" früher „Ostdeutsche Presse".

Das war ein gewaltiger Schlag gegen das Deutschtum in diesen Gebieten. Wie wenig das Deutschtum damals diesem pol-

[6]) Die Vernichtung der deutschen Presse in Polen. Von Rolf Wingendorf. Danzig-Langfuhr, Brückenverlag 1921. S. 23.

nischen Ansturm gewachsen war, zeigen die Gegenmaßnahmen, die von deutscher Seite zur Rettung des deutschen Zeitungswesens getroffen wurden.

Walter Möller[7]) meint in seiner Arbeit: „Die deutsche Presse in Polen", es müsse zum Lobe der Deutschtumsorganisationen gesagt werden, daß sie die Gefahren der deutschen Presse rechtzeitig erkannt hätten.

Was taten nun diese Deutschtumsorganisationen, um der Gefahr rechtzeitig zu begegnen? Sie richteten eine Anfrage an die preußische Landesversammlung zwecks einer Intervention bei der polnischen Regierung. Die Anfrage verlief ergebnislos.

Weiterhin machte Albert Haertlein, der Presseleiter der Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen, folgende Vorschläge[7]):

1. Bildung eines Fonds, aus dem wirtschaftlich schwache Blätter, deren Erhaltung aber im Interesse des Deutschtums notwendig war, eine finanzielle Unterstützung erhalten sollten.
2. Gründung einer Berufsorganisation der deutschen Zeitungsverleger.
3. Errichtung einer deutschen Zentralredaktion.
4. Gründung einer großen deutschen Tageszeitung.
5. Einheitliche Spaltenbreite der kleinen Blätter.
6. Kreisblätter in zwei Ausgaben erscheinen zu lassen: politische Zeitung und Kreisblatt.

Möller muß dazu in seiner Schrift zugeben[7]):

„Zu einer Verwirklichung dieser brauchbaren Vorschläge ist es dann leider nicht gekommen.

Eine Organisation der Zeitungsverleger im Abtretungsgebiet stieß bei den größeren Blättern auf Widerstand, da sie durch das Eingehen der kleineren wirtschaftliche Vorteile erhofften. . . .

. . . Alle Gründungsversuche blieben ergebnislos, nicht zuletzt aus dem Grunde, weil die Beteiligung des Deutschtums zu wünschen übrig ließ. Auch machten sich erhebliche Widerstände aus deutschen Verlegerkreisen bemerkbar. Parteipolitische Interessen spielten ebenfalls hinein."

[7]) Die deutsche Presse in Polen. (Anfang, Entwicklung und Gegenwartslage) von Walter Möller. Sommersemester 1938. Diplomarbeit an der Hochschule für Politik, Berlin. S. 38 ff.

Wenn wir den Volkstumskampf in diesen Jahren an Hand der Zeitungsjahrgänge verfolgen, dann wollen wir an den Methoden und Gegenmethoden in diesem Kampf erkennen, inwieweit damals die Polen bewußt volkspolitisch dachten und rücksichtslos mit Hilfe der staatlichen Macht gegen das Deutschtum vorgingen, und wie andererseits die Deutschen ohne Bewußtsein ihrer Stärke als Volkstum den Kampf in Verteidigung und bloßer Abwehr führten.

Während die „Thorner Zeitung" am 6. November 1920 in einer Wochenplauderei die ungeheuren Schwierigkeiten, die ihr von Seiten der polnischen Behörden in den Weg gelegt wurden, schildert — Schwierigkeiten, die 1921 zum Verkauf an eine polnische Gesellschaft führten — und klagt: „Die Teilnahme der deutschen Öffentlichkeit an diesen so wichtigen Fragen ist leider nur eine sehr geringe!", stellt Günzel fest, daß, sobald ein polnischer Redakteur von den damaligen preußischen Behörden verhaftet wurde, sogleich ein verstärkter Bezieherzuwachs einsetzte.

Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte hat es gelehrt, daß wir bis zur Erneuerung des deutschen Volkes durch den Nationalsozialismus in der Auseinandersetzung Polen gegen Deutsche den polnischen Methoden nichts Ernsthaftes entgegenzustellen vermochten.

Es war die große Tragik des Ostens, daß das bessere Volkstum seiner Vernichtung entgegensah nur aus dem Grunde, weil es seiner selbst nicht bewußt war, und eine zweite Erkenntnis hat sich an dem Deutschtum in Polen in schmerzlichster und glänzendster Weise erfüllt, das Wort des Führers, daß ein Volkstum nur dann bestehen kann, wenn sein Kern, sein Muttervolk stark und mächtig ist.

Seit 1923/24 ist eine leichte Festigung innerhalb der deutschen Presse in Pommerellen zu beobachten. Um 1925 stellt sich die Lage der deutschen Zeitungen in Westpreußen folgendermaßen dar [8]):

6 mal wöchentlich erscheinen:

1. „Das Pommereller Tageblatt", Dirschau. Gegr. 1850
2. „Das Konitzer Tageblatt", Konitz. Gegr. 1880
3. „Die Weichselpost", Graudenz. Gegr. 1921
4. „Die Deutsche Rundschau in Polen", Bromberg 1876

[8]) Die deutsche politische Tagespresse Polens. Von Stanislaus v. Bernatt. Dissertation, München 1926.

3 mal wöchentlich erscheinen:

5. „Die Allgemeinen Nachrichten für Pommerellen", Briesen. Gegr. 1878.
6. „Bote für Pommerellen", Neustadt. Gegr. 1842

2 mal wöchentlich erscheinen:

7. „Der Bote für das Culmerland", Culm. Gegr. 1899
8. Die „Culmer Zeitung", Culm. Gegr. 1848
9. Die „Pucker Zeitung", Putzig. Gegr. 1887

1 mal wöchentlich erscheinen:

10. „Die Volkszeitung", Bromberg. Gegr. 1919.

Die „Deutsche Rundschau in Polen" wird für Westpreußen die deutsche politische Tageszeitung. Sie dringt weit über ihren Erscheinungsort Bromberg hinaus, und als Sprachrohr der deutschen Sejmfraktion im polnischen Sejm erhält sie ihr politisches Gesicht [9]).

Am 1. Oktober 1876 wurde das „Bromberger Tageblatt" von Karl Dombrowski gegründet. 1878 geht die Zeitung in den Familienbesitz der Firma Dittmann über, die den Zeitungsbetrieb und die Druckerei bis zum heutigen Tage führt. 1893 werden das „Bromberger Tageblatt" und die „Ostdeutsche Rundschau" zusammengelegt. Im Juni 1920 erhält die Zeitung den Kopf „Deutsche Rundschau in Polen" [10]). Die 50. Jubiläumsnummer vom 1. Oktober 1926 schildert diese Entwicklung mit den Worten:

> „Aus dem Lokalanzeiger von 1876 war nach der Vereinigung mit der Provinzzeitung von 1894 ein führendes Organ der deutschen Minderheit in Polen, ein über den Parteien stehendes Reichsblatt geworden."

Die deutsche Fraktion benutzte die „Deutsche Rundschau" als Veröffentlichungsblatt für ihre Interpellationen und Erklärungen. Die Zeitung brachte die Wahlaufrufe und Werbeaktionen der deutschen Fraktion und verteidigte in ihren Leitartikeln die Politik der deutschen parlamentarischen Vertretung. Es ist daher nicht zuviel gesagt, wenn man die „Deutsche Rundschau" als das Sprachrohr der deutschen Fraktion bezeichnet.

---

[9]) Nach persönlicher Auskunft in der Schriftleitung der „Deutschen Rundschau" in Polen.

[10]) Seit dem 13./14. Januar 1940 ist die „Deutsche Rundschau" Organ der NSDAP.

Der Hauptschriftleiter der Rundschau, Gotthold Starke, ist nach außen hin politisch wenig aufgetreten, hat aber immer im engen Kontakt mit den damaligen Führern und den deutschen Parlamentariern gestanden. Seit 1922 zeichnet er als Hauptschriftleiter [11]).

Worin erblickte nun die deutsche Fraktion ihre Aufgabe, und worin sah sie ihre hauptsächliche Arbeit?

Am 27. Januar 1928 veröffentlichte Paul Dobbermann in der „Rundschau" einen Aufsatz „Deutsche Fraktion und deutsche Schule", in dem er die Aufgaben der deutschen Parlamentarier darlegt.

> „Es ging für die deutschen Abgeordneten um zweierlei: 1. im Rahmen der bestehenden Bestimmungen für Einzelfälle etwas herauszuholen. 2. Eine grundsätzliche Änderung der gesetzgeberischen Linie herbeizuführen. Für den 1. Fall dienten die **Interpellationen** im Sejm, **Korrespondenzen** mit dem Unterrichtsminister, **Audienzen** im Ministerium und bei den Kuratorien.
>
> Schwieriger war für die Fraktion, die grundsätzliche Richtung in ein anderes Geleis zu bringen. . . . Das Wichtigste aber, was die Fraktion in den letzten beiden Jahren tat, ist die Vorbereitung der Kulturautonomie."

Oder am 3. Mai 1925 finden wir in der Rundschau eine Rede des Abgeordneten Daczko, die er im Sejm gehalten hat:

> „. . . Unsere Forderungen gründen sich auf den Friedens- und Minderheitenschutzvertrag. Wir werden im Kampfe um unsere Rechte nicht erlahmen, bis uns die in der Verfassung gewährleistete Kulturautonomie gewährleistet wird. Das polnische Volk muß aus seinem Leben unter 150 jähriger Fremdherrschaft, also aus der Geschichte, die Erkenntnis schöpfen, daß sich ein Kulturvolk nicht seiner Sprache und seines Volkstums berauben läßt. Wir führen als polnische Bürger deutscher Nationalität einen gerechten Kampf mit geistigen Waffen . . ."

In diesem Kampf mit geistigen Waffen gegen die Entdeutschungspolitik der Polen spielte die „Deutsche Rundschau" eine entscheidende Rolle. Auf ihren Seiten wurden die Interpellationen und Proteste der deutschen Abgeordneten veröffentlicht, und ihre Schriftleiter traten in eigenen Artikeln für die Sache der deutschen Abgeordneten ein.

[11]) Nach persönlicher Auskunft in der Schriftleitung der „Deutschen Rundschau" in Polen.

Die übrigen Blätter haben politisch in das Leben der Volksgruppe nie eingegriffen. Außer einer gewissen lokalen Bedeutung haben sie keinen Einfluß auf die Gestaltung der volkspolitischen Auseinandersetzung ausüben können [12]).

Ich werde mich daher im besonderen an die Jahrgänge der „Deutschen Rundschau" halten.

3. Die Aufgabe der deutschen Presse in Polen in ihrer Entwicklung.

In dem neuen polnischen Staat sah sich die deutsche Presse in den ehemals deutschen Provinzen plötzlich vor neue Aufgaben gestellt.

Waren die deutschen Blätter im Osten bis dahin fast überwiegend Nachrichtenblätter mit ungefärbten Leitartikeln und kaum einer eigenen Stellungnahme gewesen, so wurden sie nun durch die völlig veränderte staatspolitische Lage gezwungen, irgendwie Stellung zu diesen Ereignissen zu nehmen. Der sofort einsetzende polnische Kampf gegen das deutsche Volkstum verlangte von jedem ein Bekenntnis zu seinem Volk. Es gab nur eine Entscheidung, entweder deutsch oder polnisch.

Das war der Anstoß zu der Entwicklung der deutschen Presse in Polen vom reinen Nachrichtencharakter zu einer Gesinnungspresse deutsch-bewußter Haltung.

Natürlich vollzog sich diese Entwicklung nicht von heute auf morgen. Die Deutschen glaubten anfangs bei den Polen, die selbst lange unter fremder Herrschaft gelebt hatten, Verständnis für die Sorgen und Nöte einer volksfremden Minderheit im polnischen Staate zu finden. Sie nahmen an, ihre Pflicht zu tun, wenn sie ihre Aufgabe in dem Näherbringen der beiden Völker sahen, die nun zum Zusammenleben gezwungen waren. Möller [13]) schildert die Aufgaben der deutschen Presse in dem neuen polnischen Staat folgendermaßen:

> „Für die deutsche Bevölkerung standen nunmehr die politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Zustände und Entwicklungen des polnischen Staates im Vordergrund des Interesses. Diese mußten ihr durch die Presse nähergebracht werden. Die deutschen Blätter im Abtretungsgebiet hatten

[12]) Nach persönlicher Auskunft in der Schriftleitung der „Deutschen Rundschau" in Polen.

[13]) a. a. O. S. 52.

die deutschen Leser in die neuen Verhältnisse einzuführen, sie über die Vorgänge und Zustände im neuen Staat zu belehren und sie zu unterweisen, damit die deutsche Bevölkerung nicht blind in das neue Staatswesen eintrat, von dem ihr bisher fast nichts bekannt war. Die deutsche Bevölkerung wollte sich im polnischen Staat behaupten, sie konnte es nicht, wenn die deutsche Presse hier versagte. . . .

. . . Nur durch die Presse war die Möglichkeit des Einlebens der Deutschen in dem polnischen Staat gegeben, ohne dabei das Deutschbewußtsein aufzugeben."

Daß es der deutschen Presse ernst war mit dieser Verständigungsaufgabe, zeigt uns ein Leitartikel der „Deutschen Rundschau" aus dem Jahre 1925 vom 12. Juli. Trotzdem die polnischen Behörden eine Zeitung nach der anderen konfiszierten, trotzdem eine deutsche Druckerei nach der anderen in polnische Hände übergegangen war, findet die „Deutsche Rundschau" noch folgende Worte:

„Die „Deutsche Rundschau" hat sich seit Jahr und Tag darum bemüht, ein Wegweiser für diese heimatliche Straße zur nachbarlichen Verständigung zu sein. Diese Rolle ist uns vorgeschrieben, und wir behalten sie bei. Allen Gegnern zum Trotz, die uns von dieser klaren Linie abdrängen wollen."

Für den Polen wird diese Haltung unverständlich gewesen sein. Er konnte nur in jeder deutschen Zeitung ein Instrument zum Kampf gegen die starke Polonisierung erblicken und hat wahrscheinlich diese Worte der „Deutschen Rundschau" als Heuchelei empfunden.

Denn worin erblickte der Pole die Aufgabe einer Zeitung einer Minderheit im Staate?

Greifen wir wieder zu der aufschlußreichen Arbeit von Günzel, so finden wir dort auf Seite 36 folgende Angaben über die Beurteilung der Polen ihrer eigenen damaligen Minderheitenpresse:

„Im Posenschen sind die Zeitungen in der heutigen Lage alles. Sie sind Universität, Volksschule, politische Organisation, nationales Parlament und Regulator aller gemeinsamen Bestrebungen. . . . Nachdem der polnische Arbeiter oder Handwerker einige Jahre ununterbrochen ein polnisches Blatt gelesen hat, wird er ein begeisterter Patriot. Einen gleichermaßen wirkungsvolleren politischen Faktor wie die Presse gibt es im Posenschen nicht."

Oder auf Seite 17 heißt es:

> Die Gesellschaft und die Presse bewachten das Tun und Lassen jeder Einzelperson. Ein Fehltritt in nationalen Fragen hätte die unbedingte und unerbittliche Anprangerung in der Öffentlichkeit nach sich gezogen.
>
> Mustergültig war die polnische Boykottbewegung aufgebaut. Nur bei Landsleuten durfte gekauft werden. Nur Landsleute durften Beschäftigung finden. Firmen, deren Inhaber im Verruf standen, Deutsche zu sein oder mit den Deutschen zu sympathisieren, wurden gemieden. Auch hier war es die Presse, die in diesen Fragen das meiste geleistet hat.

Von diesem Standpunkt aus betrachtet, hätte die deutsche Zeitung eine gefährliche Waffe im Volkstumskampf gegen die Polen werden können. Das fürchteten die Polen und vernichteten aus diesem Grunde den größten Teil der deutschen Presse, ehe sie gefährlich werden konnte.

Damals waren die deutschen Zeitungen noch nicht so weit, um als F ü h r u n g s m i t t e l und Kampforgane gegen die polnischen Maßnahmen eingesetzt werden zu können. Die Deutschen sahen in der Zeitung vielmehr das k u l t u r e l l e B i n d u n g s m i t t e l und den N a c h r i c h t e n ü b e r m i t t l e r.

Wingendorf [14]) bedauert auch nur den ungeheuren Mangel auf kulturellem Gebiet, der nach dem Fehlen des größten Teils der deutschen Zeitungen auftreten werde, und der zu einer Gefahr für das Deutschtum werden kann.

Er sagt in seinem Schlußwort:

> „Das Sterben der deutschen Presse, das fast unaufhaltsam scheint, bedeutet eine schwere, vielleicht die schwerste Gefahr für das Deutschtum der abgetretenen Gebiete. Niemand kann den Einfluß der Presse auf die kulturelle Entwicklung, ihre einigende Macht durch die sprachliche Zusammenführung ableugnen; fehlt diese Macht, so fehlt dem Deutschtum das äußere Band, das alle zusammenschließt, die laufende Erkenntnis der Geschehnisse aus der Umwelt, der gemeinsamen Sorgen und Hoffnungen, es fehlt den Führern das Mittel, zu der Menge zu sprechen, es reißt das Bindeglied des gemeinsamen Erlebens."

In Ostoberschlesien, wo um die Zugehörigkeit zum Volkstum mit der Waffe in der Hand gekämpft wurde, ist das Deutschtum schon wacher in diesen Fragen gewesen. Dazu kam,

[14]) Rolf Wingendorf. a. a. O. Schlußwort.

daß zwischen den Deutschen und Polen noch eine sogenannte schwebende Volksmasse stand, um deren Gewinnung beide Teile einen erbitterten Kampf bis heute führten. Aus diesem Kampf heraus wächst auch eine schärfere Formulierung der Aufgabe der deutschen Presse in Polen, und so ist es Maria Jaekel [15]), die in ihrer Arbeit über die kulturelle und volkspolitische Wirksamkeit der deutschen Presse in Oberschlesien schon von der Klärung des Bewußtseins in der Volkstumsfrage spricht. Nach ihr

> „kommt doch zu den selbstverständlichen Pflichten der Verteidigung der geschriebenen und ungeschriebenen Minderheitenrechte und der Stärkung des Willens zur Behauptung der Nationalität, Pflichten, die jede auslanddeutsche Presse haben wird, die weitaus schwierigere Aufgabe, an der Klärung des Bewußtseins und Bewußtwerdens in der Volkstumsfrage jener bisher indifferenten, jetzt langsam in Bewegung geratenen, sich entscheidenden Masse zu arbeiten oder diese Klärung überhaupt erst herbeizuführen."

Hier wird also die Zeitung bewußt in den Volkstumskampf eingespannt, sie soll an der Klärung der Volkstumsfrage entscheidend mitwirken.

Die deutsche Presse in Polen betont in der Nachkriegszeit immer wieder, daß sie Sprachrohr der deutschen Minderheit in Polen und deren Führung sei, Verteidigerin des verletzten deutschen Rechtes in Polen und immer wieder die Welt auf die Not und die Unterdrückung der Deutschen in Polen hinweisen will.

Diese verteidigende Haltung des Deutschtums bestimmt die Tonart der gesamten deutschen Presse und ihrer Leitartikel.

Bis um die Wende des Jahres 1932 finden wir diese Art des Kampfes innerhalb der deutschen Presse in Westpreußen. An den Artikeln und Entgegnungen der „Deutschen Rundschau" will ich es in folgendem zeigen, daß die deutsche Presse in den zwanziger Jahren wohl eine Gesinnungs- und Kampfpresse im allgemein deutschen Sinne war, daß aber noch nicht eine bewußte Führung der deutschen Lesermassen vorhanden war, die dazu geführt hätte, daß — im Vergleich zu der ehemaligen polnischen Minderheiten-

[15]) Die kultur- und volkspolitische Wirksamkeit der deutschen Presse in Ostoberschlesien von 1919 - 1932. Von Maria Jaekel. Dissertation, Köln 1933. S. 8.

presse — nach einigen Jahren ständigen Lesens der „Deutschen Rundschau" der Leser nun ein begeisterter Patriot geworden wäre.

Das lag nicht nur an der scharfen Zensur in Polen — wie die nachfolgenden Artikel und Entgegnungen der Rundschau beweisen, war ein offenes Wort sehr oft möglich, es lag nur an der geschickten Wahl der Worte —, sondern an der Auffassung der maßgeblichen Männer, wie der Kampf zu führen sei.

Der Nationalsozialismus hat im Reich der deutschen Zeitung eine neue Aufgabe zugewiesen: Sie wurde Führungsmittel des Staates zur Erreichung des großen deutschen Zieles, der Einheit der Nation. Die Auswirkungen des Nationalsozialismus auf die Deutschen in Polen haben auch einen neuen Typ der deutschen Zeitung in Polen geboren. Das deutsche Kampfblatt in Polen.

Diese Entwicklung finden wir auch in Westpreußen wieder. Die Artikel der „Deutschen Rundschau", die zwischen Recht und Unrecht abwogen, konnten nicht mehr die junge kämpferische Generation befriedigen, die im Volkstumskampf gegen die Polen großgeworden war und im Nationalsozialismus das einzige Mittel erkannte, das eigene Volkstum zu stärken und zu sammeln gegen die polnischen Unterdrückungsmethoden. Trotzdem der „Deutschen Rundschau" ein moderner Druckereibetrieb und ein lange und gut eingespieltes Nachrichtennetz zur Verfügung stand, konnte die junge Zeitung der Jungdeutschen Bewegung „Die Deutschen Nachrichten"[16]) Tausende von Lesern im gleichen Verbreitungsgebiet werben. „Die Deutschen Nachrichten" waren wohl primitiv in Druck, Aufmachung und Nachrichtenübermittlung im Vergleich zur „Deutschen Rundschau", und doch sind „Die Deutschen Nachrichten" zum politisch führenden Blatt innerhalb der deutschen Volksgruppe in Polen geworden.

Welch gewaltige geistige Entwicklung vom deutschbewußten Gesinnungsblatt im Ausland bis zur deutschen Kampfzeitung im Ausland liegt, wie die Ziele und Kampfparolen sich geändert haben, können wir erkennen an der folgenden Gegenüberstellung.

Im Jahre 1925 finden wir in einer Lokalnotiz der „Deutschen Rundschau" eine Wahlaufforderung zur Krankenkassenwahl in Bromberg, in der die Rundschau für eine polnische Liste,

[16]) „Deutsche Nachrichten" — Posen. Tageszeitung für das Deutschtum in Polen. Gegr. 1934. Auflage 12000. Jungdeutsche Partei für Polen. Hauptschriftleiter Dr. Walter Günzel. Eingegangen im August 1939.

die mit den deutschen Stimmen zusammengehen wollte, aus taktischen Gründen Propaganda macht.

„Der völlig überparteiliche Charakter unserer Zeitung erlaubt es uns, diesmal ebenso entschieden für eine Liste der freien Gewerkschaften, die den Sozialisten nahestehen, einzutreten, wie wir uns den Vorwurf des „Sozialistentötens", der uns erst unlängst von dieser Seite — übrigens völlig zu Unrecht — gemacht wurde, seelenruhig gefallen lassen. Wir können am Sozialismus scharfe Kritik üben, ohne dabei „Sozialistentöter" zu sein, und wir können von unserem neutralen Standpunkt aus ebenso für die Liste der freien Gewerkschaften eintreten, ohne dabei ein Glaubensbekenntnis zum Sozialismus abzulegen.

Nur das Wahlkomitee der Liste 2 hat uns die völlige Gleichberechtigung der Deutschen zugesichert, nur seine Vertreter haben es für nötig befunden, die Wähler deutscher Zunge über die Ziele der freigewerkschaftlichen Kandidaten aufzuklären."

Also die „Deutsche Rundschau" erklärt sich als überparteilich, aber deutschgesinnt.

1926 schreibt die „Deutsche Rundschau" in einem Leitartikel zu ihrem 50. Jubiläum:

„ . . . Wahrheit und Recht sind die besten Verteidiger . . . Eine Saat nicht des Hasses und der Zwietracht zu säen, sondern der Verständigung zwischen zwei Völkern, die ein unerforschliches Geschick zur Nachbarschaft bestimmt hat . . ."

Diesen Äußerungen der „Deutschen Rundschau" wollen wir die Stellungnahme der „Deutschen Nachrichten" am 29. März 1939 zu ihrer zwölften Beschlagnahme in 36 Tagen gegenüberstellen:

„Wir sind für die deutsche Volksgruppe in Polen da, wir haben über deren Wohl und Wehe zu wachen! Wir werden von diesem Prinzip nicht abgehen. Wir werden mit aufrichtiger Befriedigung über den Akt der Verständigung zwischen den Deutschen und Polen berichten, wir werden jedes Anzeichen eines normalen Zusammenlebens zwischen Deutschen und Polen entsprechend würdigen, aber wir werden nicht zögern, auf die tiefbedauerlichen Schattenseiten, die in diesen Tagen leider nur zu oft in Erscheinung treten, gebührend hinzuweisen . . .

Es ereignen sich nämlich gewisse Vorfälle, die das Deutschtum in Polen betreffen. Wir sind als deutsche

Zeitung in Polen dazu da, solche Vorgänge, wenn sie sich leider ereignen, zu vermerken. Es ist nicht unsere Aufgabe, allein den Fall Madrids zu registrieren, das Wetter vorherzusagen oder eine neue Kabinettsliste in Litauen zu veröffentlichen. Wir sind eine deutsche Zeitung in Polen, wir sind für die Deutschen in Polen da, und wir haben über Wohl und Wehe dieser Deutschen in Polen zu berichten. Das wird jedem einleuchten, auch den Polen. Denn die polnischen Zeitungen im Reich sind auch nicht zu Zwecken von Veröffentlichung verschiedener Kinkerlitzen geschaffen worden, sondern zu dem Zweck, das polnische Leben im Reiche zu registrieren."

So hat sich die Aufgabe der deutschen Presse in Polen gewandelt.

1. Anfangs sahen die deutschen Zeitungen in Polen ihre Aufgabe in ungefärbter Nachrichtenübermittlung.

2. Durch den polnischen Terror erhielten sie dann den Charakter einer Gesinnungspresse im allgemein deutschen Sinne, sie verteidigten das deutsche Recht in Artikeln und Protesten. Das geschriebene Wort führt zum gesprochenen Wort, zum Protest, zur Anklage.

3. Die letzte Form der deutschen Presse in Polen wird ausgelöst durch den Nationalsozialismus. Die deutsche Kampfzeitung im Ausland wird Führungsmittel der Volksgruppenführung zur Mobilisierung und Organisierung der Volksgruppe mit dem Ziele der weltanschaulichen Einheit. Das geschriebene Wort führt zum praktischen Einsatz, zur Tat.

Die zweite Etappe in der Entwicklung der deutschen Presse in Polen, die Auseinandersetzung mit der polnischen Presse und den Kampf der deutschen Presse um das Recht und die Wahrheit für die deutsche Volksgruppe in Polen, will ich in den folgenden Kapiteln an Hand der Jahrgänge der „Deutschen Rundschau" von 1925—1930 ausführlich festhalten.

4. Die publizistische Auseinandersetzung über die Ausweisung der Optanten.

In dem Neujahrsartikel 1925 der „Deutschen Rundschau" sprach die Zeitung im Namen der Deutschen in Polen ihre Wünsche für das kommende Jahr aus:

„Was wir Deutschen in Polen zu unserer Freude und zum Nutzen des Staates erwarten, ist mit einem Worte kurz gesagt: Gerechtigkeit. . . . Wir erwarten, daß im neuen Jahre die Erkenntnis fortschreitet, daß die Aufrechterhaltung der Kulturgemeinschaft eines Volkes — mag es nun das deutsche oder das polnische sein — von den politischen Grenzen nicht berührt wird. Wir haben den deutschen Staat verloren, aber wir halten am deutschen Volkstum fest."

Die Erfüllung dieser Wünsche nach Gerechtigkeit und Einsicht quittierten die Polen mit ihrer hemmungslosen Politik in der Optantenfrage.

Von Berlin war damals die Parole ausgegeben worden, daß es für jeden Deutschen eine nationale Pflicht sei, für Deutschland zu optieren [17]). Trotzdem gerade von Männern, die die Lage im Osten kannten, immer wieder betont wurde, daß möglichst viele Deutsche in den abgetretenen Gebieten bleiben müßten, war die erste Anschauung maßgebend geworden und viele tausend Deutsche hatten für Deutschland optiert.

In der gewaltsamen Ausweisung dieser deutschen Optanten sahen nun die Polen das geeignete Mittel, die Zahl der Deutschen in Polen, besonders in Posen und Westpreußen, entscheidend zu verkleinern.

Zu der Frage, wieviel deutsche Optanten im Jahre 1925 Polen verlassen mußten, schreibt die „Deutsche Rundschau" am 28. August 1925:

„Die vier Abwanderungsstellen des Generalkonsulats Posen haben in der Zeit vom März bis Juli 1925, mit allen nötigen Papieren versehen, passiert insgesamt 20 366 Personen. Von dieser Anzahl fielen auf die Abwanderungsstelle Posen 6619, die Abwanderungsstelle Thorn 7489, auf das erst in den letzten Julitagen eröffnete Dirschau 858 und auf Bromberg 5250 Personen. Von den Gesamtsummen waren 8589 ledig, 6264 Verheiratete hatten in ihrem Haushalt 4705 Kinder unter 14 Jahren. Zu diesen Ziffern traten noch

[17]) „Die Option ist das Recht derjenigen Personen, die ohne ihren Willen einem anderen Staate zugeteilt werden, ihre künftige Staatsangehörigkeit selbst zu wählen . . .
Kraft der Option konnte die verlorene deutsche Reichsangehörigkeit neu erworben werden."
Der deutsch-polnische Staatsvertrag über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen. Von Dr. Berthold Haase. Berlin. Carl Heymanns Verlag 1925. S. 21.

263 Personen hinzu, die als Angehörige von Nichtoptanten gleichzeitig zur Abwanderung nach Deutschland zugelassen wurden."

Selbst auf polnischer Seite finden wir eine Zahlenangabe. Im Wilnaer „Słowo" [18]) Nr. 181, 1925 schreibt der bekannte polnische Publizist Wl. Studnicki:

„ . . . Die Ausweisung von 20 000 Deutschen, die Veränderung des zahlenmäßigen Verhältnisses der Deutschen zu den Polen in Posen und in Pommerellen zu unseren Gunsten, wird den sogenannten Korridor nicht enger mit Polen verbinden. . . ."

Die Optantenfrage ist das Problem, das die Spalten der „Deutschen Rundschau" im Jahre 1925 füllt. Am 29. Juli 1925 bringt sie ein Presseinterview des polnischen Ministers Raczkiewicz, in dem dieser kategorisch erklärt, die deutschen Optanten müßten Polen verlassen. Einen Tag später veröffentlicht die Zeitung eine lange Bekanntmachung des deutschen Generalkonsulats in Posen, in der in vielen Spalten aufgezählt wird, was die Optanten mitnehmen dürfen und was den Polen zurückgelassen werden muß.

Am 1. August steht dann groß auf dem Hauptblatt der „Deutschen Rundschau" die Meldung: 20 000 deutsche Optanten wurden abgefertigt. Das deutsche Blatt gibt dieser Meldung die Schlagzeile:

Ein schwarzer Tag für das Deutschtum in Polen.

5000 deutsche Optanten mußten Bromberg verlassen, 6500 Thorn, 1500 Dirschau und 7000 Posen.

Die Rundschau schließt ihre Meldung mit dem Vers:

„Und legt ihr zwischen uns und sie
auch Strom und Berg und Hügel.
Ihr strengen Herrn, ihr trennt uns nie!
Die Lieb, die Lieb hat Flügel. . . ."

An unsere scheidenden Brüder ergeht die von Schmerz und Bitterkeit begleitete Mahnung:

„Vergeßt auch in der Fremde die Heimat nicht!"

In der deutsch-polnischen Auseinandersetzung um die Optanten blieb es der polnischen Presse vorbehalten, aus der

[18]) „Słowo" — Wilna. Gegr. 1922. Auflage 10000. Politisch konservativ. Intelligenz und Großgrundbesitzer als Leserschicht.

Not der Deutschen ein Verbrechen zu machen. Der „Kurjer Polski" [19]) brachte es fertig, die deutschen Politiker zu verleumden, sie hätten absichtlich die deutschen Optanten im Schneidemühler Auffanglager schlecht untergebracht, um Propagandamaterial für Genf herauszuschlagen. Offensichtlich versuchten damit die Polen, die Verantwortung für die Härten bei der Ausweisung der Tausende von Optanten auf Deutschland abzuwälzen und ihr Gewissen zu entlasten.

Niederträchtig ist die Anspielung des „Kurjer Polski" auf die deutsche Ohnmacht, wenn er bemerkt, daß die beste Propaganda ohne eine gute Politik — sprich ohne Macht — zwecklos sei!

„Kurjer Polski" im August 1925:

„Wir haben uns so sehr daran gewöhnt, die administrative deutsche Geschicklichkeit zu bewundern, daß wir nicht glauben können, sie hätte in dem vorliegenden Falle Schiffbruch gelitten. . . . Es drängt sich die Annahme auf, daß die deutschen Behörden es absichtlich zur Katastrophe haben kommen lassen, um aus einer Angelegenheit, die sie in allen Instanzen verloren haben, noch eine politische Waffe gegen Polen zu schmieden. . . . Wenn wir also unser Vertrauen in das deutsche Verwaltungstalent weiter bewahren, bleibt uns nur eine Hypothese, nämlich die, daß Herr Stresemann und die ganze deutsche und preußische Regierung in der Optantenfrage wie die arme Nora in dem Ibsenschen Drama auf ein Wunder gewartet haben. Aber das Kabinett Luther-Stresemann und Herr Severing sind tatsächlich wenig literarische und am allerwenigsten Ibsensche Figuren. Aber schließlich bleibt es — ohne Rücksicht auf das Motiv — Tatsache, daß die entscheidenden deutschen Faktoren aus der Angelegenheit der Optanten Material gewinnen wollten zur internationalen Propaganda gegen Polen. Und darum handelt es sich heute um die Lehre, die aus dem Verlauf dieser Ereignisse in Berlin gezogen werden muß. Die Deutschen haben eine große Befähigung für Propaganda. Aber gleichzeitig auch einen kindlichen Glauben an ihren vollen Erfolg. Hinsichtlich der technischen Mittel und ihrer Erlangung schlagen sie uns auf der ganzen Linie. Es genügt festzustellen, daß die Wolffschen Depeschen in polnischen Angelegenheiten, lügnerisch und perfide zwar, in der Presse

[19]) „Kurjer Polski" — Warschau. Gegr. 1897. Auflage 10000. Regierungsfreundlich. Industrielle, politische und bürgerliche Kreise.

der ganzen Welt gedruckt werden, während unsere „Pat“ [20]) wie ein Veilchen im Verborgenen blüht. Aber eine Sache verstehen die Deutschen nicht und haben sie nie verstanden: daß die Propaganda eine wunderbare Sache ist, wenn die Politik selbst gut ist, daß aber die beste Propaganda für eine schlechte Politik im besten Falle kurze Beine hat, und daß bei einer Wahl zwischen zwei Übeln eine gute Politik ohne Propaganda besser ist, als eine schlechte mit Propaganda. Herr Stresemann hat, als er mit solcher Force seine Politik in Sachen der Optanten propagierte, wie wir gesehen haben, nicht viel Positives erreicht. Aber er erreichte doch, daß sein Angriff auf die „Ungerechtigkeit“ der Entscheidung Kaekenbeeks mit blitzartiger Geschwindigkeit in den Palast des Völkerbundes in Genf gelangte und dort sicherlich gemischte Gefühle hervorrief. Darin liegt die Lösung des Rätsels, weshalb die deutsche Propaganda, die übrigens etwas einseitig mit Katastrophen operiert, in den letzten Zeiten in Europa so wenig Erfolg hatte. Die Verwaltungskatastrophe in Schneidemühl steht als Propaganda-Thema auf der gleichen Höhe wie die Eisenbahnkatastrophe in Stargard.“

Dazu die „Deutsche Rundschau“ am 13. August 1925:

„Und da sage einer, die Deutschen könnten ein solches Propagandastückchen nachmachen, wie es hier der „Kurjer Polski“ selbst in einer angesichts der einwandfreien historischen Entwicklung für ihn geradezu verzweifelt peinlichen Situation fertig bringt. Nein, ihr Herren, der Deutsche ist euch in manchem gewiß überlegen, aber in der Propaganda kommt er wahrhaftig nicht mit, trotzdem ihr ihm in wenigen Wochen mehr Propagandamaterial liefert, als die ganze preußische Okkupation dies in 150 Jahren zuwege brachte. Die Welt will belogen werden, und das Lügen liegt dem Deutschen nicht. Wobei wir allerdings der Wahrheit nicht den höchsten Propagandawert absprechen wollen. Aber sie muß erst gekreuzigt werden und drei Tage im Grabe liegen, bevor sie ihre Auferstehung erlebt.“

Wir sehen, die „Deutsche Rundschau“ kann diese schamlosen Verdrehungskünste des polnischen Blattes nur feststellen. Dem ungleichen Kampf mit der polnischen Charakterlosigkeit

[20]) „P. A. T.“ — Warschau. Polnische Telegraphenagentur. Gegr. 5. November 1918. Führendes polnisches amtliches Nachrichtenbüro.

kann ein Deutscher nicht mit gleicher Skrupellosigkeit begegnen. Die Rundschau hebt die Wahrheit über die polnische Lüge.

Einige Zeit später befaßt sich die „Rundschau" in einem Leitartikel wieder mit dieser Frage, sie schreibt:

„Optantenelend.

Das Motto des Westmarkenvereins: An meinen Früchten sollt ihr mich erkennen.

Wir stehen in der Ernte; wer mit Fleiß den Acker bebaute, dem kommt des Himmels Segen zu. Wer mit Haß die Schollen aufreißt, dem wird die Sonne zum Fluche, und das Elend schreitet über das zur Wüste werdende Land. Es ist von jeher so gewesen; wenn der Deutsche die Wüste unserer Heimat in einen blühenden Garten verwandelt hatte, wurde er von Neid und Haß vertrieben. Im Namen des „Rechts", der „Kultur" und der „nationalen Ehre" wird diese böse Nachbarschaft organisiert. Hat es nicht ein Gerichtsverfahren vor König und Statthalter gegeben, das einen Heiland ans Kreuz schlug? Wie sollen wir uns wundern über die unaufhörliche Verleumdung, die das böse Gewissen betäuben und uns verderben will?

Die Ernte ist in vollem Gange. Auf den Feldern stehen die geschnittenen Garben zu Mandeln gehäuft, und im ganzen Lande reift die Saat des Hasses heran. Heute erkennen wenige das Unheil, morgen werden es mehr sein, und vielleicht können wir schon übermorgen anfangen zu bauen. Denn aus der Erkenntnis wächst die Eintracht, aus Eintracht die Arbeit, und vielfacher Segen ist jeder Mühe Preis."

Immer wieder hat sich die polnische Presse mit den berechtigten Anklagen der deutschen Presse in Sachen der Optanten beschäftigt und versucht, die Feststellungen der deutschen Blätter in Polen als polen- und staatsfeindlich zu kennzeichnen. So versucht auch der „Dziennik Bydgoski" [21]) die „Deutsche Rundschau" anzugreifen und die polnischen Behörden auf das deutsche Blatt zu hetzen. Hier ist die Taktik des polnischen Blattes bemerkenswert, von den eigenen innerpolitischen Auseinandersetzungen abzulenken und auf die Deutschen als Blitzableiter zu weisen. Weiterhin finden wir wiederum die sich in der

[21]) „Dziennik Bydgoski" — Bromberg. Gegr. 1907. Auflage 30000. Christlichdemokratische Richtung. Leserkreis umfaßt Stadt- und Landbevölkerung.

polnischen Presse ständig wiederholende These, welche die Deutschen als Verbrecher und Verräter den kritiklosen polnischen Lesern vor Augen führt.

„Dziennik Bydgoski" Nr. 1181 vom 8. 8. 1925:

„Die „Deutsche Rundschau" Nr. 180 vom 7. d. M. veröffentlicht aus Anlaß des Abzuges der deutschen Optanten polenfeindliche und verleumderische Bemerkungen. Den Abfluß von 900 000 Deutschen aus Polen vergleicht das Blatt mit der Emigration von Russen, die von den Bolschewisten vertrieben wurden. Wir fragen: Wie lange der Prokurator beim Bezirksgericht in Bromberg diese unerhörte Verleumdung zu dulden gedenkt. Für eine angebliche Beleidigung des Starosten oder eines Polizisten werden die Redakteure des „Dziennik Bydgoski" vor den Untersuchungsrichter zitiert; man macht ihnen den Prozeß, und die „Deutsche Rundschau" verhöhnt straflos den polnischen Staat in einer so schmutzigen Weise. Haben doch z. B. die deutschen Beamten noch im Jahre 1920 auf den polnischen Eisenbahnen amtiert, und am 1. April 1920 haben sie selbst die Arbeit niedergelegt; niemand hat ihnen ein Unrecht getan. Wie reimt sich also ein Vergleich mit den russischen Flüchtlingen vor dem Bolschewismus zusammen? Weshalb erwähnt die „Deutsche Rundschau" nicht, daß es Frankreich gestattet ist, sämtliche Deutsche zu liquidieren, die in Elsaß-Lothringen nach 1870 angesiedelt wurden und in Polen erst vom Jahre 1908 ab?

In der „Germania" Nr. 359 stellt ein besonderer Korrespondent fest, daß die deutschen Optanten hauptsächlich zu dem Zweck die deutsche Staatsangehörigkeit gewählt haben, um nicht gegen die Bolschewisten zu kämpfen, die in Polen eingedrungen waren.

Aus welchem Grunde provoziert also die „Deutsche Rundschau" durch tendenziöse Lügen?

Die in den Spalten der „Deutschen Rundschau" erschienenen Angriffe gegen Polen erinnern an Verhöhnungen bei Gericht von seiten der Verbrecher, denen das Gericht die unrechtmäßig gemachte Beute abnimmt. Solche entmenschten Verbrecher beruhigt das Gericht in empfindlicher Weise. Haben die polnischen Gerichte gegenüber der „Deutschen Rundschau", die sich angesichts des gerechten Urteils der Geschichte wie versessen gebärdet, kein Mittel?"

Dazu die „Deutsche Rundschau" vom 9. August 1925:

„Man sollte sich als Ehrenmann grundsätzlich nicht mit Denunzianten beschäftigen. Wer glaubt, den politischen Kampf mit anderen als mit geistigen Waffen nicht bestreiten zu können, verdient nicht unsere Achtung, und mit Menschen, die nicht unsere Achtung verdienen, unterhalten wir uns ungern. Soweit der „Dziennik Bydgoski" sich jedoch mit sachlichen Angriffen befaßt, müssen wir uns gleichfalls ein Wort zur Sache erlauben.

Es ist uns niemals eingefallen, die Ausweisung der Optanten und die Gesamtabwanderung der deutschen Emigranten als bolschewistisch zu bezeichnen. Wir haben im Gegenteil ausgedrückt, daß unsere Emigrantenziffer geringer sei, als die Zahl der russischen Auswanderer aus Bolschewien. Wir stellen aber fest, daß der „Dziennik Bydgoski" die polnische Staatsanwaltschaft bolschewistischer Methoden für fähig hält, indem er ihr zutraut, daß sie die Freiheit des Wortes und der Schrift gewaltsam unterdrücken würde, wie dies jenseits unserer östlichen Grenzen geschieht. Wir denken zu hoch von der polnischen Staatsanwaltschaft, die sich außerordentlich oft mit uns beschäftigt hat, als daß wir ihr jemals derartige Methoden unterstellen würden. . . . Im übrigen lassen wir uns durch keine Drohung von unserem durchaus gesetzmäßigen Standpunkt abbringen. Wir kämpfen für die Wahrheit und haben Wahrheitsbeweise zur Hand. In dieser Hinsicht sind wir den übermächtigen Feinden unseres Volkstums turmhoch überlegen."

Aus der Antwort der „Deutschen Rundschau" geht hervor, daß die Deutschen — denen jegliche politische Macht fehlte, und die auch als Volksgruppe als politischer Faktor kaum in die Auseinandersetzung aktiv eingreifen konnten — der skrupellosen Ausweisungspolitik der Polen nur Protest und Anklage entgegensetzen konnten. Sie müssen sich auf einen Kampf mit geistigen Waffen beschränken. Gegenüber den Beschimpfungen der polnischen Presse wahrt die „Deutsche Rundschau" den deutschen Rechtsstandpunkt und tröstet die deutschen Leser mit dem Hinweis, auf deutscher Seite sei die Wahrheit, trotzdem die Deutschen in Polen täglich erfahren mußten, daß die Wahrheit sich der politischen Macht zu beugen habe.

In der folgenden Auseinandersetzung zwischen dem nationaldemokratischen „Kurjer Poznański" [22]) und der deut-

[22]) a. a. O. Kapitel 2 der vorliegenden Arbeit.

schen Presse in Polen über die Hilfeleistung einsichtiger Polen für die im tiefsten Elend sich befindenden deutschen Optanten, können wir eine wirksame und oft angewandte Methode der polnischen nationalchauvinistisch eingestellten Presse beobachten. Diese Methode besteht in der rücksichtslosen öffentlichen Anprangerung von Polen, die nach Ansicht dieser Presse sich eine nationale Entgleisung haben zuschulden kommen lassen.

Die Wirksamkeit einer solchen öffentlichen Nennung ist nicht zu unterschätzen im Volkstumskampf, besonders wenn sie in einer Art und Weise geschieht, wie sie der „Kurjer Poznański" durchführt. Für einen Polen wird es bestimmt nicht angenehm gewesen sein, wegen seiner Menschlichkeit gegenüber in Not Befindlichen als charakterlos und Verräter angeprangert zu werden. In diesen Dingen ließ sich die polnische Presse nur von ihrem grenzenlosen Haß gegen die Deutschen leiten und wandte ohne Hemmungen die stärksten Ausdrücke an.

Hier richtete sich die Wut des „Kurjer" gegen die wehrlosen Optanten. In den folgenden Jahren haben die deutschen Kaufleute in Polen oft genug die Boykottaufrufe der polnischen Presse empfindlich gespürt, nach denen kaum ein Pole wagte, beim Deutschen zu kaufen.

Interessant ist es auch, wie die Presse versucht, einen Druck auf die Regierung auszuüben.

„Kurjer Poznański" Nr. 173 vom 29. Juli 1925:

„Bei den Landessicherheitsbehörden, bei den Starosteien und Wojewodschaften laufen Tausende von polnischen, ausdrücklich polnischen Anträgen um, in denen Polen sich um deutsche Optanten bemühen und die polnischen Behörden bitten, die Genehmigung zum weiteren Aufenthalt in Polen zu geben. Es sind Anträge, die mit Hunderten von Unterschriften versehen sind. Und denket nicht, daß diese Unterschriften von unbekannten Leuten gesammelt werden, oder von solchen, die sich nicht darüber klar sind, was sie tun. — Nein! Auf diesen Anträgen sind Unterschriften von scheinbar würdigen Leuten, die allgemein geehrt sind, sich des besten Rufes erfreuen, von Bürgern, die im Lande bekannt sind. . . .

Es genügt ein nichtiger Grund, um den Deutschen die Aufenthaltsfrist zu verlängern, ihnen verschiedene Erleichterungen zu gewähren und dergleichen. Die polnischen Behörden müssen sich unbedingt an den Buchstaben des Vertrages halten. Alle deutschen

Optanten müssen innerhalb der gesetzlichen Frist Polen unbedingt verlassen. Wenn sie aber innerhalb dieser Frist nicht abreisen, dann müssen Zwangsausweisungen eintreten. Da kann es keine Abweichungen und keine Ausnahmen geben. Daran müßte die Regierung und müßten alle ihr untergebenen Organe denken.

Das Vorgehen dieser Polen, die, indem sie die eigene Würde und das Staatsinteresse vergessen, sich um die Verlängerung der Aufenthaltsfrist für deutsche Optanten in Polen bemühen, verdient höchste Verurteilung. Sollte dieser Stand der Dinge länger dauern, dann wird unser Blatt beginnen, die Namen zu veröffentlichen, und diese Leute ohne Willen mit schwachem Gefühl der öffentlichen Verantwortung, von grenzenloser Dummheit und Charaktermangel öffentlich zu brandmarken. . . ."

„Deutsche Rundschau" vom 15. August 1925:

„Ein neues Eingeständnis des „Kurjer Poznański". Bei einer Besprechung der Mitteilung des „Kurjer Poznański", daß sich Tausende von Polen bei den Behörden dafür eingesetzt haben, daß den deutschen Optanten ein weiterer Aufenthalt in Polen zugebilligt würde, hatte das „Posener Tageblatt" [23]) geschrieben, man ersehe aus der Kurjer-Mitteilung, „daß die traditionelle Toleranz in Polen noch lebe." Der „Kurjer" schreibt dazu erbost: „Das schöne Lied des „Posener Tageblattes" für die Polen mit schwachem und schwankendem Nationalgefühl wird wohl für sie die einzige Freude sein, wenn ihre Namen auf der Liste der vaterländischen Schädlinge veröffentlicht werden. Die schmeichlerischen Worte von der traditionellen polnischen Toleranz sollten es ihnen aber ins Gedächtnis rufen, daß gerade wegen dieser Toleranz, die in der Regel gleichbedeutend war mit dem Mangel an nationalem Charakter und an staatlichem Sinn sowie mit Gedankenlosigkeit und Willensschwäche, unsere Vorfahren leichtfertig die Kreuzritter nach Polen hineingelassen haben, daß das deutsche Element sich im ganzen Lande verbreitete und eine herrschende Stellung erlangte. Die polnische Toleranz hat den Deutschen auch den traditionellen „Drang nach dem Osten" erleichtert.

[23]) „Posener Tageblatt" — Posen. Gegr. 1861. Auflage 9000. Blatt des Deutschtums in Posen.

Der „Kurjer Poznański" gehört zu denjenigen Blättern, die stets die der geschichtlichen Wahrheit ins Gesicht schlagende These vertreten, alles, was die Deutschen in Polen besäßen, sei von ihnen „geraubt". Wenn der „Kurjer Poznański" jetzt in einem unbewachten Moment die Wahrheit sagt, nämlich, daß die Deutschen auf Wunsch der regierenden polnischen Kreise in Polen ins Land gekommen sind und ihre Stellung ausschließlich in gründlicher Arbeit befestigt haben, so wollen wir dieses dankenswerte Eingeständnis hiermit für die Zukunft festnageln."

Die deutsche Presse arbeitet hier mit dem Mittel der Gegenüberstellung, die Polen, wie sie sich bei jeder Gelegenheit herausstreichen als „ritterlich und edel" werden den polnischen Willkürhandlungen entgegengehalten. Freilich trifft diese beißende Ironie nicht den „Kurjer Poznański", in seinem politischen Haß gegen alles Deutsche verzichtet er auf die „traditionelle Toleranz" und bezeichnet sie als nationale Charakterlosigkeit. Seine unbedachten geschichtlichen Auslassungen beantwortet die „Deutsche Rundschau" sofort mit der deutschen These. Hier stoßen wir auf eine wichtige Arbeitsweise der deutschen Presse in Polen, nämlich bei jeder Gelegenheit die geschichtliche Wahrheit über das Wirken des Deutschtums in Polen und seine berechtigten Forderungen auf Boden und Kulturdenkmäler zu beweisen.

Interessant ist am 7. August ein Artikel der „Rundschau", in dem die Entdeutschungspolitik der Polen im Urteil der Presse der Entente dargelegt wird. So schreibt nach diesem Artikel der „Matin":

„ . . . Die polnische Regierung hat mit der Ausweisung von 30 000 Deutschen dem Haß eine neue Nahrung gegeben."

Auch die Engländer spielen wieder einmal die Scheinheiligen. Die Rundschau schildert, daß die „Evening Times" in einem Bericht zu Massenausweisungen von Deutschen und Polen aus den beiden mitteleuropäischen Ländern feststellt, daß England bis zuletzt auf eine Entschließung hingewirkt habe, die eine Wiederholung mittelalterlicher Vorgänge unmöglich machen sollte. Was sich trotz dieser Bemühungen in Deutschland und Polen abspiele, sei ein beschämendes Schauspiel für die Völker der Erde. In England habe jedermann den Eindruck, daß wir um hundert Jahre in der Kulturentwicklung zurückgeworfen wären.

Man kann es heute kaum fassen, in welcher Art und Weise damals das Deutsche Reich und das deutsche Volk offensichtlich betrogen worden sind. Während die internationalen Schiedsrichter in Genf, im Haag oder in Wien komplizierte Rechtssprüche in monatelanger Arbeit zurechtlegten, nutzte die polnische Regierung die Zeit aus, um die deutschen Optanten aus den Westprovinzen nicht mit „Gewalt" auszuweisen, sondern eine kleine „Erinnerung" an die kommende Zwangsausweisung veranlaßte unzählige Optanten „freiwillig" ihre Heimat zu verlassen.

Das ist die oft bewährte polnische Methode: scheinbar halten sich die polnischen Behörden streng an die Gesetze und Verträge, auf der anderen Seite dagegen üben sie durch der Weltöffentlichkeit unbekannte Maßnahmen einen Druck auf die Betreffenden aus, die dann so oder so den Polen weichen müssen.

Die bewußte und gewollte Kompliziertheit der Genfer Methoden, das berechnende Vorgehen der Polen und die Ohnmacht Deutschlands und der Deutschen in Polen schildert ein Bericht der „Deutschen Rundschau" vom 6. August 1925. Ich bringe diesen Bericht ungekürzt, weil er uns anschaulich den Gegensatz von Luxus und Not, von Phrasen und Gewaltmaßnahmen dieser Zeit vor Augen führt.

„Von Wien nach Schneidemühl.

Es ist just ein Jahr her, als der jugendliche Herr Kaekenbeek mitsamt seiner ihm angetrauten Frau, seinem ihm als Privatsekretär beigegebenen Schwiegervater und seiner sehr politischen Schwiegermutter in den besten Appartements des Wiener Luxushotels „Kobenzl" über die Entscheidung nachdachte, die er als vom Völkerbund beauftragter Schiedsrichter für die wichtigsten Lebensfragen der deutschen Minderheit in Polen, ihre Staatsangehörigkeit und ihr Wohnrecht, in der verwaisten kaiserlichen Hofburg zu fällen hatte. Wenn man Herrn Kaekenbeek mitsamt seinem Stabe und den hohen Auftraggebern in Genf von der Donau an die Küddow, von dem kultivierten Luxus des „Kobenzl" in das Elend des deutschen Optantenlagers führen würde, dann würde dies an dem offensichtlich mit den Bestimmungen der internationalen Verträge in Widerspruch stehenden Wiener Spruch nichts mehr ändern, aber es würde manche schöne Phrase von internationaler Solidarität und friedlicher Zusammenarbeit zu Grabe tragen. Der Gang durch die verschiedenen Etappen unseres Kalvarienberges, dessen letzte Station Schneidemühl heißt,

gleicht der Wanderung durch Dantes „Göttliche Komödie" und der Pilger, der bald die unverfälschte Hölle, bald einen Berg der Läuterung in diesem Elend zu finden meint, kann je nach Geistesverfassung und Temperament, über das Eingangstor den niederdrückenden Satz schreiben: „Laßt alle Hoffnung fahren", oder den erhebenden: „Wir heißen euch hoffen".

Die Wiener Konvention [24]) war ein politischer Kompromiß in Rechtsfragen, der allein vor den ständigen internationalen Gerichtshof im Haag gehörte. daß der belgische Schiedsrichter in der Frage der Geburtspolen [25]) zugunsten der deutschen Minderheit in Polen entschieden hat, lag daran, daß diese Thesen mit außerordentlicher Klarheit im Haag bereits zu unseren Gunsten entschieden waren. In der Frage der Wohnsitzpolen [26]), die in Wien gleichfalls auf dem Kompromißwege gelöst wurde, hätte das Haager Tribunal gewiß nicht ungünstiger, wahrscheinlich aber weit günstiger für uns entschieden, als der Wiener Schiedsspruch es fertig brachte. Die Entscheidung in der Optantenangelegenheit endlich widerspricht derart dem Wortlaut der Verträge, daß auch hier ein unparteiischer Gerichtshof zweifellos das Wohnrecht und die Freizügigkeit anerkannt haben würde. Warum hat man diese beiden Probleme, das der Wohnsitzpolen und das der Optanten, nicht vor den Haag gebracht? Warum hat man mit diesen noch unentschiedenen Fragen die bereits entschiedene Angelegenheit der Geburtspolen verquickt? Warum hat man auf diese Weise reine Rechtsfragen zu politischen Streitfragen erniedrigt und um das Schicksal Tausender von Existenzen gehandelt, wo es nichts zu handeln gab?

---

[24]) Das Wiener Abkommen (Konvention) vom 30. August 1924 ist der Schlußstein langwieriger Verhandlungen über die Fragen, die sich aus dem Wechsel der Staatsangehörigkeit auf Grund der Gebietsabtretung an Polen ergeben haben. a. a. O. Haase S. 1.

[25]) Der Wechsel der polnischen Staatsangehörigkeit auf Grund der Geburt in Polen. Nach Artikel 4 des Minderheitenschutzvertrages vom 28. Juni 1919 hat Polen als polnische Staatsangehörige „von Rechts wegen und ohne weitere Förmlichkeiten" diejenigen deutschen Reichsangehörigen anerkannt, die in Polen geboren sind und von dort wohnhaften Eltern stammen, selbst wenn sie bei Inkrafttreten des Vertrages — das ist gleichfalls der 10. Januar 1920 — dort nicht mehr ihren Wohnsitz hatten. Haase a. a. O. S. 31.

[26]) Für den Erwerb und Verlust der polnischen Staatsangehörigkeit auf Grund des Wohnsitzes müssen zwei Bedingungen erfüllt sein: 1. Der Besitz der Reichsangehörigkeit. 2. Der ununterbrochene Wohnsitz in Polen in der Zeit vom 10. Januar 1908 bis zum 10. Januar 1920. Haase a. a. O. S. 11.

In der Presse aller Welt wird jetzt sehr viel über das Optantenelend geschrieben, und man weiß nicht, worüber man mehr erschüttert sein soll, über die Berichte, die von der verzweifelten Lage der Optanten handeln, oder über die völlige Unkenntnis, die selbst in amtlichen Kreisen über die Vorgänge bei der Wiener Konvention zu herrschen scheint. Wenn sich die polnische Presse auf den rechtlichen Charakter dieses Vertrages beruft und damit die unmenschliche Härte entschuldigen will, die alle Welt angesichts des Auszuges der Heimatlosen, die keineswegs für das Verlassen ihrer Heimat optierten, empfindet, dann muß ihr entgegengehalten werden, daß auch die Teilungen Polens, die von der polnischen Öffentlichkeit nicht gerade als rechtlich empfunden werden, auf feierlich sanktionierten Verträgen beruhen, und daß man den Wortlaut und die Verpflichtungskraft eines Gesetzes nicht über den Geist und den inneren Wert seines Inhalts zu setzen hat.

Kein Fehler der preußischen Regierung bei der Organisation der Optantenvermittlung, keine Torheit der Optanten selbst, die in der Zeit ihres wichtigen Entschlusses und bis zur Wiener Konvention auf den Wortlaut der Verträge, von da an bis zum 1. August auf die Milde und Einsicht der polnischen Regierung vertrauten, keine patriotische Selbstberuhigung und keine Schadenfreude, die im Rauschen des polnischen Blätterwaldes spürbar durchklingt, kann die ungeheure Schuld von der polnischen Nation abwälzen, die in der Verdrängung von nahezu 1 Million Deutscher und der Enteignung von Tausenden von deutschen Gütern beschlossen liegt. Von einer „Wiedergutmachung" kann da keine Rede sein, wo der Grund für diese Sanktionen — 4 zum vollen Wert enteignete polnische Güter — in keinem Verhältnis steht zu der ungeheuren Last, die man einem Volkstum auferlegte, das in diesem Gebiet am Urbeginn seiner Geschichte seinen Wohnsitz hatte und das selbst im Jahrzehnt der polnischen Teilungen einen größeren Anteil an der Bevölkerung dieses Landes hatte als heute.

Doch auch auf deutscher Seite weiß man über die Wiener Konvention nur wenig Bescheid. Vor allem gilt das für die immer wieder in der Presse auftauchende Frage, ob Optanten bereits gewaltsam über die Grenze geschafft wurden. Dieser gewaltsame Abschub, den der polnische Innenminister Raczkiewicz vor kurzem garantierte, wird nur in den wenigsten Fällen erforderlich sein. Die polnische Regierung hat den deutschen Optanten bereits mit der Zu-

stellung der „Erinnerung" in die Zwangslage der Abwanderung gebracht. Hätte er gezaudert, vor dem 1. August das Land zu verlassen, so wäre er des Rechtes der Wiederkehr, das ihm die Wiener Konvention garantierte, verlorengegangen. Die polnischen Optanten können sich eher das Risiko eines gewaltsamen Abschubes leisten. Es handelt sich bei ihnen zumeist um Saisonarbeiter, die in Deutschland weniger ihre Heimat sehen, als die abwandernden deutschen Optanten in Polen. Außerdem rechnen sie mit der Milde der deutschen Behörden, daß diese niemals von der harten Bestimmung des Artikels 12, § 4 Gebrauch machen werden, nach der den gewaltsam abgeschobenen Optanten der Zutritt zur alten Heimat endgültig verwehrt werden kann. Die aus Polen verdrängten deutschen Optanten können mit einer Milde der polnischen Regierung nicht mehr rechnen.

Aus dieser Verschiedenheit der Lage für die deutschen und polnischen Optanten erklärt sich auch die Tatsache, daß das Schneidemühler Optantenlager überfüllt ist, während die polnischen Optanten zum großen Teil noch in Deutschland verblieben sind. Wer den Schmerz unserer deutschen Brüder erlebte, die uns in diesen Tagen verlassen mußten, der kann begreifen, daß sie trotz der Mahnungen des deutschen Generalkonsulats in Posen bis zum letzten Augenblick in ihrer Heimat verblieben sind. Die Überfüllung des Schneidemühler Optantenlagers erklärt sich aus diesen psychologischen Begebenheiten, die für den Belgier Kaekenbeek, den Vater solcher Heimatlosigkeit, im Wiener Luxushotel freilich niemals existierten."

Auf die leider so berechtigten Klagen der Deutschen in Polen und ihrer Presse in der Optantenfrage antworteten die polnischen Blätter mit einem Zynismus, der ohnegleichen war. Und daß dies nicht nur die Blätter in Polen selbst taten, sondern daß auch polnische Minderheitenblätter im Reich sich damals eine derartige freche Sprache erlauben konnten, beweist einerseits die polnische Unverschämtheit, die eine polnische Nationaleigenschaft ist, wie diese Tatsache auf der anderen Seite die tiefe Machtlosigkeit des damaligen Deutschen Reiches aufzeigt.

Das Organ der polnischen Minderheit in Ostpreußen, die „Gazeta Olsztynska", leistete sich (nach der Rundschau vom 23. August 1925) folgende Auslassungen:

„Die deutsche ostpreußische Presse bringt folgende interessante Zusammenstellung: „60 Jahre nach der Über-

nahme der Provinzen Posen und Westpreußen durch Preußen gebrauchten die Gerichte die polnische Sprache. Bis zum Jahre 1876 erschienen preußische Verfügungen in polnischer und deutscher Sprache. Länger als 100 Jahre wurde in den preußischen Schulen der polnische Sprachunterricht beibehalten.

Heute, nach 5 Jahren polnischer Herrschaft dürfen die Verteidiger nur die polnische Sprache benutzen. Heute, nach 5 Jahren polnischer Herrschaft erscheinen die Amtsblätter nur in polnischer Sprache. Heute, nach 5 Jahren polnischer Herrschaft sind viele deutsche Schulen geschlossen worden und deutsche Kinder zwingt man, polnische Schulen zu besuchen.

Naive Deutsche. Gebt Polen Brandenburg, Pommerellen, Schlesien und Westfalen, der Tschechoslowakei Sachsen und Bayern und Frankreich das übrige Deutschland, dann werden diese Staaten zweifellos Euch das geben, was Ihr in den ersten Jahren nach der Teilung Polens zu geben gezwungen waret. (?)

Gebt uns die polnische Sprache in den Gerichten, gebt uns hier Verteidiger, die vor dem Gericht polnisch sprechen, gebt uns hier amtliche Verfügungen in polnischer und deutscher Sprache, gebt uns polnische Schulen für die Kinder, deren Muttersprache die polnische Sprache ist, und dann könnt Ihr ruhig über „Unterdrückung" und „Ausrottung" des Deutschtums in Polen klagen, und wir werden Euch sogar noch helfen.

Einstweilen aber haben wir und die ganze Welt für Eure Klagen nur — ein Lächeln des Mitleids! . . ."

Endlich am 25. Oktober 1925 meldet die „Deutsche Rundschau" die Einstellung der Optantenausweisungen. Die polnische Regierung habe auf Grund der deutsch-polnischen Verständigung in Locarno erklärt, sie werde bis zu weiteren Entscheidungen der Regierung die Optanten wie andere deutsche Staatsangehörige behandeln.

Die vorsichtige Äußerung der polnischen Regierung veranlaßte die Rundschau zu folgendem Kommentar:

„ . . . Die anderen Steine, die noch des Grabes Tür decken und uns von dem Ostern des wahren Friedens trennen, das so einfach liegende Schulproblem, die Liquidationspolitik, der praktische Verzicht auf das Wiederverkaufsrecht bei Ansiedlungen und manches andere mehr, dessen besondere Erwähnung wir heute zurückstellen —

wird sich jetzt leichter bereinigen lassen, nachdem erst einmal die Richtung des neuen Weges bekannt geworden ist. Der Weg ist frei zu großen Taten, der Weg für kluge und mutige Bürger und Staatsmänner, die nicht nach ihren Wünschen, sondern nach der Pflicht ihr Gewissen fragen und ihre Verantwortung bemessen."

Wenige Tage später muß die „Deutsche Rundschau" einsehen, daß die Einstellung der deutschen Optantenausweisungen kein Anzeichen von Verständigungsbereitschaft der polnischen Behörden war, sondern nur ein kluger Schachzug, um die polnischen Optanten vor einer Zwangsausweisung zu bewahren. Schon am 4. August hatte die Rundschau eine Erklärung Stresemanns wiedergegeben, nach der Stresemann drohte, bei weiteren Optantenausweisungen durch die Polen würde die deutsche Regierung sich gezwungen sehen, auch die rund 8000 polnischen Optanten aus Deutschland auszuweisen.

Jetzt, nachdem der Großteil der deutschen Optanten zwangsweise Polen verlassen hatte, wäre eine weitere Ausweisung auf Kosten der polnischen Optanten gegangen, die immer noch in Deutschland verblieben waren.

Zu diesem Thema schreibt nun die „Deutsche Rundschau" am 30. Oktober 1925 folgenden Kommentar:

„Der Entschluß der polnischen Regierung war keineswegs ein einseitiges Geschenk an Deutschland und die deutsche Nation. Es steht fest, daß am 1. November weit mehr polnische Optanten aus Deutschland im Repressalienwege zur Abwanderung gekommen wären, als deutsche Optanten aus Polen.

Die deutsche Regierung hatte nämlich erst jetzt festgestellt, wieviele polnische Optanten noch in ihren Grenzen wohnten. Und wir erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß annähernd 10 000 Polen bei beginnendem Winter zu uns gekommen wären, für die es selbstverständlich noch viel schwieriger gewesen wäre, Unterkunft und Arbeitsgelegenheit zu finden."

Damit war fürs erste die Optantenfrage für Polen gelöst.

In der publizistischen Auseinandersetzung um die Ausweisung der deutschen Optanten aus Polen hat die polnische Presse die ungerechtfertigten Maßnahmen der polnischen Regierung und ihrer Behörden nicht nur unterstützt, sondern darüber hinaus die polnischen Lesermassen gegen die Deutschen in Polen und gegen das Reich aufzuhetzen versucht. Mit dem ihr eigenen Zynismus hat die polnische Presse offen die

Optantenausweisungen als politisches Mittel gegen das ansässige deutsche Element in den abgetretenen Gebieten bezeichnet, während zu gleicher Zeit die Regierung behauptete, sie komme in dieser Frage nur den Paragraphen des Versailler Vertrages und der Wiener Konvention nach. Die polnische Presse hat das oft bewährte Mittel angewandt und den Spieß einfach umgedreht. Aus der Not der Optanten hat sie ein deutsches Verbrechen gemacht. Mit der Behauptung der gewollten katastrophalen Zustände im Schneidemühler Auffanglager wollte sie die diplomatischen Vertreter Polens in Genf entlasten, um ein Vorurteil beim Völkerbund gegen Deutschland auszulösen. Die öffentliche Richtigstellung der deutschen Presse stellte sie einfach als staatsfeindlich hin, um dieser bei den skrupellosen und durch die öffentliche Stimmung sich leiten lassenden polnischen Gerichten einen Prozeß an den Hals zu hängen und die kritiklosen polnischen Leser in die gewünschte deutschfeindliche Haltung zu bringen.

In diesen Fragen kannte die polnische Presse keine Grenzen. Der Zweck heiligte die Mittel. So ist auch das Mittel der öffentlichen Anprangerung von Polen zu verstehen, die sich nach Ansicht der chauvinistischen Presse nicht national genug gebärdeten. Die „Deutsche Rundschau" dagegen sucht immer wieder den deutschen Rechtsstandpunkt in der Optantenfrage zu wahren. Ausführlich schildert sie die Verdrehungskünste und offensichtlichen Lügen der polnischen Blätter und stellt in ihren Kommentaren fest, daß die Wahrheit und das Recht auf deutscher Seite sei. Sie betont die Undankbarkeit der Polen, die einerseits auf den kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen der Deutschen im Osten aufbauen, auf der anderen Seite aber die Träger dieser Arbeiten sinnlos ausweisen. Die Unnachgiebigkeit der polnischen Behörden bei der Zwangsausweisung der deutschen Optanten und die Tonart der sich überschlagenden polnischen Hetzblätter geben einen wirkungsvollen aber traurigen Kontrast zu der so oft gerühmten „polnischen Ritterlichkeit". Diese Gegenüberstellung hat die deutsche Presse benutzt, um auf die bitteren Tatsachen in Polen hinzuweisen.

5. Die polnische Liquidationspolitik und ihre Wirkung auf die polnische und deutsche Presse.

Neben der rücksichtslosen Ausweisung der deutschen Optanten wandten die polnischen Behörden noch ein weiteres

Mittel an, um die ehemals deutschen Provinzen so schnell als möglich zu polonisieren, die Liquidation [27]).

Die polnische Liquidationspolitik hat die Deutschen in Polen darüber belehrt, wie Gesetze und Paragraphen angewandt werden können, um gegen eine unliebsame völkische Minderheit mit dem Schein des Rechtes erfolgreich vorgehen zu können. Als Grundlage für die Liquidation reichsdeutschen Eigentums in den an Polen abgetretenen Gebieten galt der Artikel 297 b des Versailler Vertrages. Danach waren diejenigen Güter, Rechte und Interessen liquidierbar, die am 10. Januar 1920 deutschen Reichsangehörigen gehört hatten.

Die polnische Regierung setzte nun ein sogenanntes Liquidationskomitee ein, das die Aufgabe hatte, die Liquidation im Sinne des Vertrages durchzuführen. Wie sich dieses Komitee seine Arbeit vorstellte, geht aus einer Antwort des Komitees an den deutschen Abgeordneten Graebe hervor, der nach Aufnahme der Tätigkeit des Liquidationskomitees auf Mißstände und Verfehlungen hingewiesen hatte. Es heißt dort:

> „Es muß bemerkt werden, daß der Artikel 6 des Gesetzes vom 4. März 1920 keinerlei Bestimmungen darüber enthält, welchen Personen die Genehmigung erteilt, und welchen sie versagt werden muß. Dieser Mangel ist verständlich mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse und die Ziele, die die Liquidationsgesetze erstreben. Der Zweck des Gesetzes ist, zu verhüten, daß Objekte, die Eigentum deutscher Staatsangehöriger deutscher Nationalität sind, in die Hände von polnischen Staatsangehörigen gleichfalls deutscher Nationalität bzw. in andere unberufene Hände übergehen, was im Widerspruch mit den allgemeinen Zielen der Liquidation stehen würde."

Die deutsche Presse versuchte natürlich auch von ihrer Seite aus, den Rechtsstandpunkt der Deutschen in Polen in der

---

[27]) „ . . . Nach Art. 297 b des Versailler Vertrages haben sich die alliierten und associierten Mächte das Recht vorbehalten, innerhalb ihrer Gebiete die Güter, Rechte und Interessen zu liquidieren, die den deutschen Reichsangehörigen oder den von ihnen kontrollierten Gesellschaften am 10. Januar 1920 gehörten. Auch dasjenige Vermögen unterliegt der Liquidation, das in den durch den Versailler Vertrag abgetretenen Gebieten vorhanden war. Als deutsche Reichsangehörige im Sinne des Art. 297 des Versailler Vertrages sollten aber diejenigen Deutschen nicht gelten, die auf Grund des Versailler Vertrages von Rechts wegen die Staatsangehörigkeit einer alliierten oder associierten Macht erlangt hatten. Wer also die polnische Staatsangehörigkeit mit dem 10. Januar 1920 erworben hatte, war von der Liquidation befreit . . . " Haase a. a. O. S. 9.

Liquidationsfrage klarzustellen. Die „Deutsche Rundschau" stellt am 12. Mai 1926 sachlich fest, daß

„nach Artikel 7 des Minderheitenabkommens alle polnischen Staatsangehörigen vor dem Gesetz gleich sein sollen und die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte besitzen. Weiter sollen nach Artikel 8 die völkischen Minderheiten angehörenden polnischen Staatsangehörigen die gleiche Behandlung und die gleichen rechtlichen und tatsächlichen Garantien genießen wie die anderen polnischen Staatsangehörigen. Da nun kein Zweifel darüber bestehen kann, daß auch die sogenannten „Geburtspolen" der deutschen Minderheit in Polen zuzurechnen sind, so schließt das Minderheitenabkommen die Liquidation ihrer Güter aus."

Ohne auf diese rechtlichen Auseinandersetzungen und Hinweise der Deutschen weiter einzugehen, führte das Liquidationskomitee seine Arbeit im polnischen Sinne einseitig durch. Die Rundschau gibt am 14. November 1929 folgende Übersicht:

„Seit dem Beginn der Liquidationstätigkeit bis zum 1. Januar 1928 sind liquidiert worden:

1. an Großgrundbesitz in einem Umfange von mehr als 200 Hektar 89 Objekte mit einem Gesamtflächeninhalt von 95 386 Hektar;
2. an kleinerem Landbesitz und an Rentengütern 3644 Objekte mit einem Flächeninhalt von 53 662 Hektar;
3. an städtischen Grundstücken und Institutionen der öffentlichen Wohlfahrt 1625 Objekte;
4. an Industrie- und Handelsunternehmungen 272 Objekte.

Bericht der staatlichen Kontrollkammer für das Jahr 1928/29 auf S. 133."

1929 gibt die deutsche Presse wiederum eine Aufstellung über die bis dahin durchgeführte Liquidation. 9000 deutsche Objekte wurden danach in einem Jahrzehnt von den polnischen Behörden zur Liquidation angesetzt. Diese Objekte wurden zum größten Teil gegen eine lächerliche Vergütung, in mehreren Fällen sogar entschädigungslos weggenommen. Bis 1926 beliefen sich die eingeklagten Forderungen für etwa 360 000 Hektar deutscher Siedler- und Ansiedlerbesitzungen auf 140 Millionen Goldmark. Insgesamt betrugen 1929 die deutschen Forderungen an Polen 1 Milliarde Goldmark.

Die Art, wie die deutschen Güter von dem polnischen Liquidationskomitee „liquidiert" oder besser gesagt geraubt wurden, ist bezeichnend für den polnischen Charakter. Offiziell

wurde dem enteigneten deutschen Besitzer eine gewisse Entschädigung zugestanden, nach Abzug aber der nicht greifbaren Kosten erhielt der Deutsche eine lächerliche Summe für sein Riesenobjekt ausgezahlt. Die Abschätzung des Gutes, das im Wege der Liquidation erworben werden sollte, lag in dem Gutdünken des polnischen Landamtes, gegen dessen Abschätzung kein Widerspruch möglich war.

Zwei Beispiele aus der deutschen Presse hierfür.

Am 20. Juni 1926 veröffentlicht die „Deutsche Rundschau" eine deutsche Protestnote in Warschau zur polnischen Liquidationspraxis. In der Note heißt es:

„Das Gut Miloszewo eines Herrn von Brockhausen in Polen unterliegt der Liquidation. Im Jahre 1923 ist dieses Gut von drei vereidigten Taxatoren auf 171 390 Dollar geschätzt worden, im Jahre 1924 durch das polnische Gericht in Neustadt auf 679 676 Zloty, also mehr als 130 000 Dollar. Das Liquidationskomitee hat dem Besitzer jedoch nur eine Entschädigung von 128 000 Zloty zugesprochen, die sich durch den Abzug der Kosten der Zwangsverwaltung und dergleichen auf 53 000 Papierzloty verringern, das sind 5000 Dollar. Dieser Tatbestand einer Liquidation fast ohne Entschädigung, der übrigens nicht der einzige dieser Art ist, ist so ungeheuerlich, daß sich die deutsche Gesandtschaft veranlaßt gesehen hat, in einer Note gegen das Verfahren des Liquidationsamtes Einspruch zu erheben."

Am 22. August 1926 kommentiert die „Deutsche Rundschau" folgenden Fall einer sogenannten Liquidation:

„ . . . Frau von Hindersin besitzt eine landwirtschaftliche Taxe von vereidigten Sachverständigen, die das Besitztum von Alt-Laube und Heinrichshof mit Ernte mit 4 739 755,87 Zloty bewertet. Der Liquidierten wird nach den Abzügen der Betrag von 341 001,56 Zloty ausgezahlt. Sodaß also nur in diesem einen Fall der Liquidierte für den Vorzug liquidiert zu werden, den Betrag von 4 332 754,32 Zloty, in Worten: vier Millionen dreihundertzweiunddreißigtausendsiebenhundertvierundfünfzig Zloty, verliert.

Ob bei einem solchen Beispiel dem „Kurjer Poznański" und seiner ganzen Entdeutschungfronde nicht doch ein wenig anders zumute wird? Hat zu preußischer Zeit jemals eine solche Enteignung stattgefunden? Nein! Im Gegenteil: die 4 (in Worten: vier) Güter, die während der 150 jährigen preußischen Okkupation enteignet wurden, brachten einen Erlös, der weit über dem Marktpreis lag. Die Sonderkom-

mission des gemischten Schiedsgerichtes in Paris wird auch diesen Fall zu prüfen haben. Ganz unparteiisch und sachlich, ganz objektiv wird sie diesen Fall prüfen! Ein Urteil soll diese Kommission sprechen, wir fühlen uns hierzu nicht berufen . . ."

Wie bewußt die gesamte polnische Öffentlichkeit und an ihrer Spitze die polnische Presse an dieser Entdeutschungspolitik des Liquidationskomitees teilnahm, beweist eine Interpellation der polnischen Regierungsparteien, die energisch fordert, die allgemeine Aufhebung der Liquidationspolitik abzulehnen.

Oder der „Kurjer Poznański" bedauert am 29. Mai 1927, daß die Behörden die Liquidation von etwa 2000 Aktien von Zuckerfabriken hinausschieben, auf deren Erwerb die Polen schon lange warten! Das Projekt der nötigen Verordnung liege im Finanzministerium bereits seit acht Monaten. Auf diese Weise habe die Liquidationsaktion ihren Abschluß gefunden.

Dazu schreibt die „Deutsche Rundschau" vom 31. Mai 1927:

„ . . . Wir wissen von einem Abschluß dieser ungeheuerlichen Verlustliste noch nichts. Sie hat aber mit den oben genannten 6000 bereits den Deutschen abgenommenen Objekten keineswegs ihr Ende gefunden. Die Ziffer der schwebenden Liquidationsverfahren geht gleichfalls in die Tausende."

Auf den internationalen Konferenzen versuchten die Polen natürlich mit frecher Stirn ihre kaum glaublichen Methoden zu bagatellisieren oder glatt abzuleugnen. Die deutschen Interpellationen und Anklagen vor dem Völkerbund und vor dem Minderheitenrat waren ihnen peinlich, da diese das Ansehen des angeblich freiheitlichen polnischen Staates nicht gerade hoben.

Über diese Fragen finden wir am 13. Juni 1929 in der „Deutschen Rundschau" eine scharfe und treffende Randbemerkung zu der Berichterstattung eines polnischen Journalisten während der 35. Session des Völkerbundsrates in Madrid am 10. Juni 1929 über Minderheitenbeschwerden:

„Der politische Leiter des „Kurjer Poranny", der sich nach Madrid begeben hatte, um die diplomatischen Leistungen des Ministers Zaleski für das polnische Publikum publizistisch auszustaffieren, schickt seinem Blatte Bulletins,

die — sehr amüsant, aber auch sehr verlogen sind. Der ehrenwerte Herr Ehrenberg leistet sich unter anderem folgendes Telegramm:

„Madrid, 10. Juni. Heute in der vertraulichen Sitzung des Rates der Liga verlangte Stresemann, daß auf die Tagesordnung der Donnerstagsitzung des Rates die Angelegenheit der angeblichen Liquidierung von Gütern der deutschen Minderheit in Polen gestellt werde. Das Heranholen dieser Angelegenheit durch Deutschland ist eine brutale Verletzung der Prozedur des Rates, ein neuer coup de poing (Faustschlag) Stresemanns ausschließlich zu Propagandazwecken."

Der ergötzliche Herr Ehrenberg! Wie erheiternd wirkt so eine Meldung aus Madrid, in der von einer „angeblichen" Liquidierung des Eigentums der deutschen Minderheit in Polen die Rede ist. Ganz angeblich erscheinen also Liquidationslisten im „Monitor Polski", ganz angeblich amtiert die Liquidierungskommission, ganz angeblich entscheidet der Oberste Verwaltungsgerichtshof in Warschau in Sachen der Liquidierung deutschen Besitztums. Die von Herrn Professor Winiarski, dem früheren Leiter des Posener Liquidationskomitees mit Stolz festgestellten 9000 deutschen Liquidationsobjekte existieren anscheinend auch nur angeblich! Alles angeblich. Bedient Herr Ehrenberg in der Madrider Sommerhitze ein in Polen erscheinendes Blatt wirklich — oder auch nur angeblich?"

Die rücksichtslose Ausweisung der Tausende von deutschen Optanten und die skrupellose Durchführung der polnischen Liquidationspolitik hatten den Deutschen in Polen die Augen geöffnet über den Verständigungswillen der polnischen Regierung wie des polnischen Volkes.

Um die ungeheure Liquidation vor ihren Lesern zu rechtfertigen, haben die polnischen Blätter bei jeder Gelegenheit die Staatsfeindlichkeit der Deutschen herausgestellt und die deutsche Presse als vom Reich abhängig und damit staatsfeindlich bezeichnet.

In diesem Sinne findet der „Kurjer Poznański" im September 1929 folgende Worte:

„Es liegt Deutschland indessen daran, daß in Polen entsprechende Kreise vorhanden sind, deren Täuschung sie zur Entlastung von Zugeständnissen ausnutzen kann, und zwar zu solchen Zugeständnissen, die sie auf die eine oder andere Weise ihren Annexionsgelüsten näherbringen. Sie betrafen

und betreffen z. B. die Aufrechterhaltung des Besitzstandes der Deutschen in Polen. Wir haben auch klare Beweise für den Einfluß des deutschen Kapitals in Polen. Die Rolle, welches dieses spielt, ist sehr zweideutig. Es handelt sich nicht allein um imperialistische Ziele auf wirtschaftlichem Gebiet — jedes Kapital verrät in dieser Richtung solche Tendenzen — sondern es handelt sich auch um politische Ziele. Heute können wir schon beobachten, daß gewisse Presseorgane, in denen unmittelbar oder mittelbar deutsches Kapital steckt, eine ausgesprochen polenfeindliche Politik betreiben, wobei sie manches verschweigen und bemüht sind, im Lande bezüglich der Ziele der deutschen Politik einen falschen Eindruck hervorzurufen. Denn die Schwächung der Wachsamkeit Polens und das Bestreben, Polen um jeden Preis von einer energischen und klaren Stellung der Frage abzuhalten, liegt im Interesse der deutschen Politik. . . ."

Die „Deutsche Rundschau" antwortet am 11. Dezember 1929:

„Polnische Presseorgane, die mittelbar oder unmittelbar unter dem Einfluß des deutschen Kapitals stehen, gibt es bekanntlich ebensowenig wie all die anderen Giftblüten, die an dem Fieberbaum polnischer Angstträume wachsen. Das ewige Geschrei von der deutschen Gefahr, das der „Kurjer Poznański" und seine große Verwandtschaft anstimmen, ist vom staatspolnischen Standpunkt aus betrachtet, als gemeingefährlich zu brandmarken. Wären die Deutschen, die Warschau befreiten und Polens Staatlichkeit begründeten, wirklich die Erbfeinde der polnischen Unabhängigkeit, dann könnten sie sich ob solchem täglich gezeigten Narrenspiegel vergnügt die Hände reiben. Eine derartige Wachsamkeit schafft allmählich eine Unsicherheit im Lande, an der nicht der Deutsche, sondern der eingebildete Kranke in polnischen Redaktionsstuben die Schuld trägt."

In dieser Antwort will die Rundschau auf die Gefährlichkeit dieser Stimmungsmache der polnischen Presse hinweisen. Doch in der Praxis waren sich die polnische Presse und die polnischen Behörden in den Maßnahmen gegen die Deutschen einig.

Der polnische Vertreter hatte im Völkerbundrat am 4. Juli 1923 vor dem ständigen Gerichtshof im Haag erklärt, daß alle durch die Liquidation betroffenen Personen bei dem gemischten deutsch-polnischen Schiedsgericht Berufung einlegen könnten,

dieses Schiedsgericht hatte aber, entsprechend einem Antrag des polnischen Vertreters, sich in verschiedenen Fällen für nicht zuständig erklärt, da die von der Liquidation betroffenen Personen polnische Untertanen wären. So ergab sich für die Deutschen in Polen der Schluß, daß Polen ihr Besitztum liquidierte mit der Behauptung, sie seien deutsche Staatsangehörige. Legten sie dagegen Beschwerde ein, und kam die Sache endlich vor das gemischte Schiedsgericht, vor welchem sie die Gesetzwidrigkeit der Liquidierung damit zu begründen suchten, daß sie polnische Staatsangehörige seien, so wurde ihnen erklärt, daß das Gericht dann nicht zuständig sei.

Auf dieser Rechtsverdrehung beruhte das Hauptargument der polnischen Presse, die jede Beschwerde der betrogenen Deutschen in Polen als unrechtmäßig und illegal bezeichnete. Ja, die polnische Presse ging so weit, mit ironischem Lächeln im Gefühl des vom Völkerbund ausgestellten Blankoscheins, zu behaupten, die Deutschen seien selbst an ihrer Liquidation schuld.

Zu diesem Thema schreibt die Rundschau am 7. September 1929:

„Ein Beweis schlechten Humors . . ."

Dem Warschauer „Kurjer Poranny" [28]) wird aus Genf gemeldet:

„Der Alarm der Deutschen Presse über eine neue Serie von Liquidationsverfahren ist lediglich ein Beweis schlechten Humors, da der Plan, bei der gemeinsamen Kompensation der finanziellen Ansprüche den polnischen Staat seiner Trümpfe zu berauben, weder in Madrid bei der Eingabe der Abgeordneten Graebe und Naumann, noch auf der Haager Konferenz gelungen ist. Staatssekretär von Schubert hat Ende August dem Sekretariat des Völkerbundes ein Schreiben zugestellt, in dem gefordert wird, daß auf die Tagesordnung des Rates trotz der Madrider Beschlüsse und der inzwischen in Genf geführten Verhandlungen die Liquidationsfrage gesetzt wird. Das Sekretariat hat gestern die Ratsmitglieder von diesem Brief unterrichtet, was den Protest der polnischen Delegation hervorrief. Staatssekretär von Schubert selbst gibt jetzt zu, daß gegenwärtig nach der erfolgten Verständigung dieser Brief bereits gegenstandslos sei. Die Bekanntgabe des Briefes durch das Sekretariat ist

[28]) „Kurjer Poranny" — Warschau. Gegr. 1877. Auflage 25000. Regierungsfreundlich. Alle Bevölkerungskreise.

um so eigenartiger, als dem Sekretariat bekannt war, daß die Verständigung bereits erfolgt ist.

Die Meldung Berliner Blätter, daß in 132 Fällen bei den Verhandlungen die Unrechtmäßigkeit der angeordneten Liquidation festgestellt worden sei, ist unwahr. Die Sache verhält sich so, daß die in diesen Fällen betroffenen Personen nicht ordnungsmäßig ihre Staatsbürgerschaft festgestellt haben und aus eigener Schuld so das Liquidationsverfahren auf sich lenkten. Da sie nun inzwischen bereits ihre polnische Staatsangehörigkeit festgestellt haben, ist die deutsche Aktion zur Unterstützung ihrer Ansprüche eine inkompetente Handlung. Polen kann die Einmischung eines fremden Staates in Fragen, die zwischen der Regierung und ihren Staatsbürgern schweben, nicht zulassen."

Das Warschauer Regierungsblatt erklettert mit diesem „Beweis schlechten Humors" wieder einmal den Gipfel unwahrhaftiger Verdrehungskunst. Man braucht nicht einmal in Genf zu sein, um diesen Schwindel beantworten zu können. Wer den Zynismus aufbringt, die deutsche Liquidationsfrage der Abgeordneten Graebe und Naumann als einen „Beweis schlechten Humors" mit der Haager Tributkonferenz in Zusammenhang zu bringen, belügt sein Volk in bewußter Weise und schlägt als polnischer Journalist seinen Vorfahren ins Gesicht, die sich über vier Enteignungen beschwerten, während wir das über neuntausend Liquidationen zu tun haben.

Geradezu köstlich ist aber die Behauptung, daß die Anerkennung der deutschen Klage in 132 Fällen eine unwahre Feststellung sei. Während doch im nächsten Satz diese Anerkennung offen zugegeben und mit geradezu blödsinnigen Motiven entschuldigt wird. Danach ist es sogar die Schuld der Enteigneten, daß sie enteignet wurden, da sie nicht für die Anerkennung ihrer polnischen Staatsangehörigkeit gesorgt hätten. Zunächst ist die klare Festlegung der Liquidationsfähigkeit deutschen Eigentums, zu der die Prüfung der Staatsangehörigkeitsfrage im Einzelfalle gehört, Sache der Liquidationsbehörde und nicht des Liquidierten. Sodann aber hat selbstredend jeder Liquidierte, dem man unzulässigerweise die polnische Staatsangehörigkeit absprach, bei den zuständigen Behörden einen heftigen Kampf um diese Staatsangehörigkeit eingeleitet, um im Besitz seines rechtmäßigen Eigentums zu bleiben.

schäftsführer der Firma waren, deren polnische Staatsangehörigkeit selbst das Liquidationskomitee nicht bestreiten kann. Besonders unerfindlich ist aber, wie das Liquidationskomitee am 11. März 1927 die Liquidation erneut beschließen konnte, denn es mußte ihm ja bekannt sein, daß der Zweck des Artikels 297 B des Versailler Diktats, daß Vermögensrechte und -anteile von deutschen auf polnische Staatsangehörige übergehen sollten, in der Zwischenzeit erreicht worden ist, selbst wenn Frau Dittmann fälschlicherweise als deutsche Staatsangehörige zu bezeichnen gewesen wäre, denn unter dem 1. Juli 1921 sind auch Anteile, die sie noch an der Firma besaß, auf Personen übergegangen, deren polnische Staatsangehörigkeit gar nicht bestritten werden kann. Der Übergang dieser Anteile auf polnische Staatsangehörige ist vom Amtsgericht in Bromberg registriert, so daß weder rechtlich noch moralisch diese erneute Liquidation irgendwie verständlich erscheint. Daß man der „Bromberger Rundschau" zuerst die Aufhebung der Liquidation mitteilen und zwei Tage diese an sich erfreuliche Nachricht wirken ließ, ist eine Komödie für sich."

Am 3. November 1929 meldet die „Deutsche Rundschau", daß die polnische und die deutsche Regierung die Sonderverhandlungen zum Abschluß gebracht haben und daß Polen auf die Liquidation des deutschen Privateigentums in Polen mit Wirkung vom 1. September verzichtet.

Wenn die polnische Regierung und ihre Behörden die Entdeutschungspolitik nicht gerne beim Namen nennen wollte, so hat dafür die polnische Presse um so lauter und des öfteren die Karten offen ausgespielt. Berief sich die polnische Regierung in der Liquidationsfrage auf das Genfer Recht, so forderte die polnische Presse die Liquidation besonders aus politischen Gründen. Verbunden war solch eine Forderung der polnischen Presse gewöhnlich mit einer „nationalen" Nötigung an die Adresse der Behörden, die dann angeblich dem Druck der öffentlichen Meinung nachgeben mußten.

Zum endgültigen Liquidationsabkommen im Oktober 1929 schreibt die „Gazeta Warszawska" [29]):

„Jedenfalls weckt die ernstlichen Vorbehalte die Tatsache, daß die polnische Regierung auf die weitere Liqui-

[29]) „Gazeta Warszawska" — Warschau. Gegr. 1774. Auflage 15000. Nationaldemokratisch. Intelligenzkreise. Am 19. Mai 1935 eingegangen und neugegründet als „Warszawski Dziennik Narodowy".

dierung des deutschen Eigentums in Polen verzichtet hat . . . Es bleiben noch unliquidiert gegen 20 000 Hektar deutscher Besitzungen, und 37 städtische Objekte. Das ist eine zu gewichtige Zahl von deutschen sowohl wirtschaftlichen als politischen Stützpunkten in Polen, als daß man auf das Recht auf ihre Liquidierung verzichten könnte, ohne dafür sehr ernstliche, nicht nur materielle, sondern auch politische Vorteile zu erhalten. Es ist eine sehr zweifelhafte Sache, ob unter diesen Bedingungen das obige Abkommen, wenn auch nur in geringem Grade, zur „Normalisierung und Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten" beitragen werde, wie sich das Communiqué des Außenministeriums ausdrückt. Das Abkommen wird unzweifelhaft von der Vertretung der nationalen und wirtschaftlichen Interessen der westlichen Provinz und von der Außenkommission des Sejm und des Senats genau geprüft werden. Die Ratifizierung des Abkommens wäre polnischerseits ein sträflicher Leichtsinn, ohne genaue Prüfung aller pro und contra in dieser Sache, die nur ein Fragment der polnisch-deutschen Beziehungen ist."

Die polnische Liquidationspolitik hat viele Spalten der polnischen und deutschen Presse gefüllt. Wir haben gesehen, wie die polnischen Blätter versuchten, mit viel Geschrei die ungeheure Liquidation zu rechtfertigen, indem sie immer wieder darauf hinwies, daß ja auch Preußen polnische Besitzer enteignet habe. Trotzdem die deutsche Presse diesen lächerlichen Hinweis mit der Zahl entkräftete, daß 4 enteignete polnische Güter 9000 deutschen liquidierten Objekten gegenüberstehen, so hat doch die polnische Presse immer wieder diese Wiedergutmachungsthese den polnischen Lesern und besonders dem polnischen Liquidationskomitee eingehämmert. Neben dieser Rechtfertigung haben wir das andere Argument kennengelernt, daß nämlich der deutsche Besitz in Polen staatsfeindlich und von fremdem Kapital abhängig sei. Auf die deutschen Proteste antworten die polnischen Blätter einfach mit der Feststellung, die Deutschen seien an ihrer Liquidation selbst schuld. Auch hier liegt also eine bewußte Verdrehung der Tatsachen und ein Ausnützen der unklaren Formulierungen der internationalen Verträge vor. Bezeichnend ist auch die polnische Methode, einerseits die Liquidation als politisches Mittel gegen das

Deutschtum zu fordern und gleichzeitig die deutschen Klagen bei den internationalen Schiedsgerichten als gegenstandslos darzustellen.

Die deutsche Presse dagegen hat auch in dieser Frage immer wieder den deutschen Rechtsstandpunkt herauszustellen versucht. Wie wir gesehen haben, hat sie jede Gelegenheit benutzt, um die deutschen Forderungen zu rechtfertigen und die Proteste der Deutschen in Polen zu veröffentlichen, aus denen die skrupellose Liquidationsmethode der Polen hervorging. Die Gegenüberstellung von preußischer und polnischer Enteignungsweise haben wir schon oben festgehalten. Auf die Anschuldigungen der polnischen Blätter, daß die „Rundschau" staatsfeindlich sei, antwortete das deutsche Blatt, es sei seine Pflicht und sein Recht, auf die Unrechtmäßigkeit der Liquidation hinzuweisen.

6. Die Anfänge der Agrarreform im Spiegel der „Deutschen Rundschau".

Unter Agrarreform verstehen wir gewöhnlich Maßnahmen, die zur Hebung der Produktion eine gesündere Verteilung der Bodenfläche vorsehen. Für die Deutschen in Polen hatte das Wort „Agrarreform" noch einen anderen Klang. Raub und Enteignung, Arbeitslosigkeit und Hunger, Elend und vollkommene Verarmung — das alles umschloß für sie das eine Wort „Agrarreform".

Es war die Eigenschaft der Polen, auf allen Lebensgebieten und nicht zuletzt auf dem wirtschaftlichen Sektor einen systematischen erbitterten Kampf gegen die Deutschen zu führen.

Am 28. Dezember 1925 wurde im polnischen Sejm das Gesetz über die polnische Agrarreform verabschiedet. Das Gesetz war auf 10 Jahre befristet und bestimmte, daß der Großgrundbesitz jährlich eine Fläche von 200 000 ha zu Parzellierungszwecken zur Verfügung zu stellen habe. Bis zum 10. Januar eines jeden Jahres stellte der polnische Ministerrat den Plan für das nächstfolgende Jahr auf, und die Namen der zu enteignenden Güter und ihrer Besitzer wurden im „Dziennik Ustaw", dem polnischen Gesetzesblatt, veröffentlicht. Eine Klage oder Beschwerde dagegen gab es nicht.

Trotzdem die Steuern von den ertragreichen deutschen Gütern zu den besten Einnahmequellen des polnischen Staates

gehörten, wurden die blühenden deutschen Güter sinnlos parzelliert, und auf diesen kleinen — bis 20 Morgen großen — nicht lebensfähigen Parzellen Kongreßpolen angesiedelt. Diese polnischen Siedler wurden in den Westprovinzen zur Landplage. Sie hatten buchstäblich zu wenig, um leben und zuviel, um sterben zu können. Sie lebten vom Diebstahl und Schuldenmachen bei den anliegenden größeren Bauernhöfen.

Daß es hier nicht um eine Agrarreform ging, sondern um die Vernichtung des deutschen Grundbesitzes, ist erkenntlich aus dem Prozentsatz der betroffenen deutschen Güter im Verhältnis zu den polnischen Gütern.

In einem Artikel gegen das Deutschtum erklärt das „Słowo Pomorskie" [30]) im Juli 1930:

„ . . . Um die antistaatliche deutsche Minderheit im Zaume zu halten, gäbe es andere Mittel als die Nachäffung unrechtmäßiger Maßnahmen der Teilungsmächte, z. B. die Liquidation, die Ausweisung der Optanten, die Möglichkeit der Enteignung zu Parzellierungszwecken usw."

Darauf antwortet die „Deutsche Rundschau" am 17. Juli 1930:

„ . . . Wohl selten ist so offen von einem polnischen Organ der klare Sinn der Liquidation, der Ausweisungsbestimmungen und der Agrarreform ausgesprochen worden. Wir sind dem „Słowo Pomorskie" zu aufrichtigem Dank verpflichtet."

Die spätere Deutschtumsorganisation „Die deutsche Vereinigung für Posen und Pommerellen", die besonders auf wirtschaftspolitischem Gebiete gearbeitet hat, hat eine aufschlußreiche statistische Arbeit darüber geliefert. Sie hat die Namenslisten des parzellierten deutschen und polnischen Besitzes zusammengestellt und in einer Kurve anschaulich dargestellt [31]).

[30]) „Słowo Pomorskie" — Thorn. Gegr. 1920, Auflage 25000. Richtung national.

[31]) Eingaben und Denkschriften zur Agrarreformfrage, gesammelt von der Deutschen Vereinigung e. V. — Bromberg.

„Die Verteilung der durch die Namenslisten in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen angeforderten Landflächen, gesondert nach Nationalität der erfaßten Betriebe."

Deutsche			Polen	
Pom.	Posen	Jahr	Pom.	Posen
6 500 ha	4 300 ha	1926	800 ha	150 ha
5 565	4 248	1927	1 483	2 914
2 675	1 300	1928	2 234	1 217
5 760	1 542	1929	270	300
5 455	5 200	1930	657	3 308
5 054	2 646	1932	2 642	4 291
710	705	1933	300	360
1 032	—	1934	443	—
2 555	3 642	1935	1 654	3 400
4 784	3 660	1936	2 900	4 550
7 614	12 711	1937	3 656	4 240
47 704	39 954		17 039	24 730

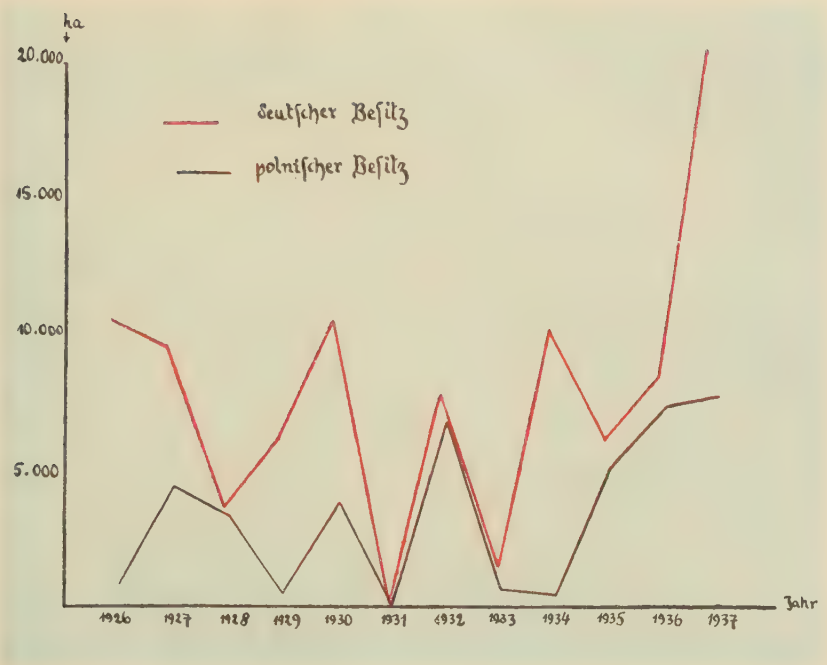
Hierzu siehe nebenstehende Zeichnung

Wie der „Danziger Vorposten" im Frühjahr 1939 feststellt, hat die Zwangsparzellierung der deutschen Volksgruppe in Posen und Pommerellen seit 1926 eine Fläche von 131 251 Hektar entzogen.

Die „Deutsche Rundschau" kann im Februar 1927 eine polnische Pressestimme anführen, die sich mit der Agrarreform ernstlich auseinandersetzte. Das polnische Blatt „Drwęca" [32]), das in Pommerellen erschien, schreibt zum Thema „Agrarreform":

„Hebt das die Achtung vor uns im Ausland, wenn der Deutsche fremden ausländischen Gästen gegenüber, die unser Land besuchen, höhnisch wird bemerken können:

[32]) „Drwęca", ein national-katholisches Blatt. Erschien in Neumark, Kreis Löbau in Pommerellen (Westpr.). Gegr. 1921. Auflage 4000.



Die unglaublich starke Heranziehung des deutschen Besitzes zur Enteignung ist aus dieser Zeichnung klar ersichtlich.

Schaut, alle diese roten Häuschen, die musterhaften Ansiedlungen, das ist unser Werk — und jene Lehmhütten, jene Baracken, jene Höhlen, das ist das Werk der polnischen Kolonisation. Deshalb rufen wir: Es muß bei uns parzelliert werden, aber vorsichtig und vor allem so, daß unsere Kolonisation, wenn sie nicht schon besser ist, doch mindestens im gleichen Maße sich vor der früheren preußischen hervortut. — Aber dann geht es bei Gott nicht darum, die gutbewirtschafteten, musterhaft geführten größeren landwirtschaftlichen Arbeitsstätten zu zerschlagen und zu vernichten. Wozu und warum? Um aus ihnen vielleicht auf Jahrzehnte eine Parodie einer Ansiedlung und unbenutzter Gebäude zu machen? Freilich, wenn man die Parzellierung einmal vornimmt, so muß man doch wohl diejenigen Güter nehmen, die durch die Vernachlässigung und die unverständige Verwaltung seitens ihrer Eigentümer es verdient haben, daß man sie aus diesen unzuständigen, unfähigen Händen wegnimmt, und sie denen gibt, die es verstehen, die Muttererde besser zu schätzen und sich vorteilhafter, sorgfältiger um dieselbe zu bemühen. Ob es jedoch überhaupt im wirtschaftlichen Interesse des Staates liegt, in allzu radikaler Weise den größeren Landbesitz in Pommerellen zu zerschlagen, und hier überwiegend bäuerliche Wirtschaften zu schaffen, daran wagen wir noch zu zweifeln."

Solche Stimmen aber hörten die Deutschen in Polen selten im polnischen Blätterwald. Im Januar desselben Jahres muß die Rundschau Stellung nehmen gegen das bekannte polnische Hetzblatt „Kurjer Poznański", das zur Veröffentlichung der Parzellierungsliste geäußert hatte, der deutsche Besitz sei nicht genügend getroffen worden. Die Antwort der „Deutschen Rundschau" lautet:

„ . . . Es gehört der ganze Zynismus des „Kurjer Poznański" dazu, um zu behaupten, daß dieses Mal der deutsche Besitz nicht genügend getroffen sei. Zahlen sind Beweise! Für uns ergibt sich aus dieser Liste nur eine Alternative: entweder besitzt tatsächlich das Deutschtum in Westpolen noch die Mehrheit des Grund und Bodens, dann hat Herr Zaleski [33]) unwahr berichtet, wenn er unsere Heimat als genau so polnisch wie die am meisten polnischen Gebiete bezeichnet. Oder aber das Deutschtum hat nicht mehr die erdrückende Mehrheit des Besitzes, dann widerspricht auch

[33]) Damaliger polnischer Außenminister.

die neue Agrarreformliste offensichtlich den Verpflichtungen, die Polen in dem Minderheitenschutzvertrage auf sich genommen hat und dem Grundsatz der Gleichberechtigung, der in der polnischen Verfassung verankert ist."

Wie weit die Verhetzung weitester polnischer Kreise fortgeschritten war, zeigt die nachfolgende Resolution der polnischen akademischen Jugend in Warschau, die sich auf die Agrarreform bezog. Die Rundschau bringt diesen Bericht am 23. November 1929, in dem es wörtlich heißt:

„Die mit Gewalt den polnischen Bauern entrissene Erde darf nicht in den Händen der Räuber verbleiben. . . . Wir geloben, in dem Kampfe mit dem ewigen Feinde des Polentums nicht nachzulassen, solange noch auch nur eine Handvoll piastischer Erde sich in preußischen Händen befindet."

Immer wieder hat die deutsche Presse in Polen auf die ungerechtfertigt hohe Heranziehung des deutschen Besitzes zur Zwangsparzellierung hingewiesen, um damit die polnische These von den unberechtigten Klagen der deutschen Minderheit zu entkräften.

So gibt am 6. Februar 1927 in der Rundschau Heidelck (Bromberg) eine Zusammenstellung des betroffenen deutschen Besitzes, in der es u. a. heißt:

„ . . . Der gesamte Privatgroßgrundbesitz in Polen beträgt 10 493 400 Hektar. Davon sind 79,1 Prozent = 8 300 279 Hektar polnischer, 7,8 Prozent = 818 485 Hektar deutscher Besitz (nach Winterfeld, tablicze statystyczne). Auf der Namenliste von 1926 stehen 38 960 Hektar = 0,469 Prozent polnischer, 10 800 Hektar = 1,319 Prozent deutscher Besitz (nur in Posen und Pommerellen). Mithin ist das Deutschtum dreifach so stark im Durchschnitt des ganzen Staates herangenommen worden als das Polentum. . . ."

Wie systematisch die Agrarreform gegen die Deutschen gerade von der polnischen Regierung ausgewertet wurde, zeigt die folgende Presseerklärung des polnischen Agrarministers Staniewicz. Die dort angeschnittene Frage der geringen freiwilligen deutschen Parzellierung ist nichts als ein Propagandamittel, das der Minister der Presse in die Hand gab. Es ist erklärlich, daß die Deutschen nicht freiwillig parzellierten, da auf den Parzellen stets nur polnische Siedler angesiedelt wurden,

während die deutschen Anträge übergangen wurden. Man konnte von den Deutschen nicht verlangen, daß sie freiwillig ihr Land den Polen überließen.

Rundschau, den 23. Februar 1930:

„Die ungleiche Liste.

In einer der polnischen Presse übermittelten Erklärung weist der Agrarminister Staniewicz darauf hin, daß trotz der im Parzellierungsplan für die Landbezirke Posen und Graudenz enthaltenen hohen Ziffern auf diese Bezirke verhältnismäßig das niedrigste Kontingent entfallen sei, verglichen mit den 200 000 Hektar, die nach dem Gesetz jährlich zu parzellieren sind. Der Minister erklärt, daß, wenn man die Jahre 1927—1930 in Betracht ziehe, von den 200 000 Hektar nur durchschnittlich 8000 Hektar auf diese Bezirke entfallen.

Was die Frage betreffe, ob der deutsche Besitz in den Bezirken Posen und Graudenz stärker herangezogen werde als der polnische, so erklärt der Minister folgendes: im Bezirk Posen betrage der polnische Großgrundbesitz 60 Prozent, der deutsche 40 Prozent, im Graudenzer Bezirk sei das Verhältnis umgekehrt. Freiwillig und zwangsweise betrug in den Jahren 1920—1929 hier die Parzellierung beim polnischen Besitz 29 287 Hektar und beim deutschen 34 456 Hektar. Die Heranziehung beider Seiten sei also ungefähr gleich. Wenn auf der Liste mehr deutsche Namen figurierten, so liege das daran, daß die Deutschen weniger freiwillig parzellierten. In den Jahren 1920—1929 hätten freiwillig parzelliert im Posenschen die Polen 13 641 Hektar, die Deutschen 2081 Hektar, in Pommerellen die Polen 6050 Hektar und die Deutschen 713 Hektar. Da die freiwillige Parzellierung auf den Plan angerechnet werde, so erklärt sich daraus die größere Zahl der deutschen Namen. . . ."

Jahr für Jahr trifft nun die Agrarreformliste die deutsche Volksgruppe an lebenswichtiger Stelle. Der deutschen Presse bleibt nichts übrig, als erbittert die Tatsache festzustellen. So heißt es in einem Kommentar der „Deutschen Rundschau" am 15. Februar 1930:

„Agrarreform = Entdeutschung.

. . . Die Liste übertrifft unsere schlimmsten Erwartungen. Wir stellen fest, daß von den 14 620 Hektar, die in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen insgesamt

zur Zwangsparzellierung angesetzt wurden, 10 655 Hektar deutscher Besitz sind. Das sind 72,6 Prozent. Der deutsche Besitz beträgt aber in beiden Wojewodschaften kaum noch 30 Prozent. Auch bei dieser Agrarreformliste wird also der Entdeutschungspolitik gehuldigt."

Die deutsche Presse hat also mit dem Beweis des unrechtmäßig hohen Prozentsatzes der parzellierten deutschen Güter klargestellt, daß auch die Agrarreform nur einen politischen Zweck erfüllen sollte, nämlich eine Waffe zu sein im Kampf gegen das alteingesessene Deutschtum. Nicht wirtschaftliche Verbesserungen waren das Ziel der polnischen Regierung, sondern, wie die polnische Presse erklärte, ein Mittel, um die deutsche antistaatliche Minderheit im Zaume zu halten. So erledigt sich also von selbst das polnische Argument, die deutschen Klagen einer zu starken Heranziehung zur Parzellierung seien nicht gerechtfertigt.

7. Die polnische Pressepolitik während der Prozesse gegen das Deutschtum.

Ein weiteres Mittel der Polen im Kampf gegen das ansässige Deutschtum waren die Prozesse, die sie Angehörigen der deutschen Volksgruppe in Polen anhängten, um die angebliche Jlloyalität und Staatsfeindlichkeit der deutschen Minderheit herauszustellen.

Mit diesen Verleumdungsprozessen verfolgten die Polen einen doppelten Zweck.

Erstens waren die Prozesse ein politisches Mittel gegen die Deutschen. Die politische deutsche Führung mußte sich monatelang auf die Gerichtsverhandlung konzentrieren, sie verlor Zeit und Geld. Daneben aber machten sich die polnischen Behörden bei den radikalen antideutschen Parteien lieb Kind und versuchten damit einen innenpolitischen Erfolg herauszuschlagen.

Zweitens wurde mit diesen Gerichtsverhandlungen, im Verlaufe derer die Deutschen als „Verräter", „Spione" und „politische Verbrecher" angeklagt waren, das polnische Gewissen moralisch entlastet.

Skrupellos war man mit den deutschen Optanten umgegangen, rücksichtslos war deutsches Eigentum liquidiert worden und sinnlos wurden die deutschen Güter parzelliert, jetzt konnten die Verantwortlichen die polnischen Massen aufklären:

Seht, das sind die Deutschen, noch viel zu gut geht es ihnen bei uns in Polen. Die Prozesse und die täglich gleichmäßig hämmernde polnische Pressehetze brachten das polnische Volk so weit, daß wir wohl mit Recht behaupten können, es gab kein Volk, das derart stupide und sinnlos gegen Deutschland verhetzt war, wie gerade das polnische Volk.

Am 6. August 1923 erfolgte die Schließung aller Organisationen des Deutschtumsbundes mit der Begründung, daß der Bund die Paragraphen 128 (Geheimbündelei), 129 (Sabotage von Verwaltungsmaßnahmen) und 132 (Anmaßung von Amtsbefugnissen) übertreten habe. — Erst nach fünf Jahren, am 24. April 1928, fand eine Verhandlung vor dem Bezirksgericht in Bromberg statt, die aber auf Antrag des Staatsanwaltes vertagt werden mußte. — Am 30. Juni 1930 fand die endgültige Verhandlung statt. Schon in dieser Verhandlung mußte das Gericht den Vorwurf des Staatsverrates und der Spionage fallen lassen und verurteilte die Angeklagten nur wegen Sabotage von Verwaltungsmaßnahmen und Anmaßung von Amtsbefugnissen. —

Im Juni1932 hat das Oberste Gericht in Warschau das Urteil der zweiten Instanz, des Posener Appellationsgerichtes, aufgehoben und die ganze Angelegenheit zur erneuten Verhandlung nach Posen zurückgewiesen.

Erst am 7. Februar 1933 hat dann in Posen die erneute Verhandlung gegen die Führer des Deutschtumsbundes stattgefunden, in welcher das Urteil vom 30. Juni 1930 in vollem Umfange bestätigt wurde.

Dieses Hinausziehen des Prozesses benutzten die polnischen Blätter zu einem Verleumdungsfeldzug gegen die deutschen Organisationen.

Im März 1926 veröffentlicht die „Deutsche Rundschau" einen gemeinen Presseangriff des „Ilustrowany Kurjer Codzienny" [34]) gegen die Tätigkeit der deutschen Organisationen:

„Der Hakatismus arbeitet in Polen.
Volksbund — Deutschtumsbund — Sejm
und Senatsbüros.

Die Tatsache, daß die verbrecherische Tätigkeit der deutschen Organisation „Volksbund" in Schlesien ans

[34]) „Ilustrowany Kurjer Codzienny" — Krakau. Gegr. 18. Dezember 1910. Auflage 80000, an Sonn- und Feiertagen 140000. Stark national, regierungsfreundlich, starke Verbreitung im Ausland. Erfaßte alle Bevölkerungsschichten.

Tageslicht gekommen ist, müßte die Aufmerksamkeit der Allgemeinheit auf die in den Westmarken so zahlreich (!) verzweigten Verbände und Vereinigungen lenken.

Was für Schlesien der Volksbund war, war für Posen und Pommerellen bis 1923 die deutsche Organisation „Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitenrechte in Polen", allgemein „Deutschtumsbund" genannt. „Volksbund" und „Deutschtumsbund" waren Bruderinstitutionen. Sie wurden inspiriert vom Deutschen Auswärtigen Amt in Berlin und in gleicher Weise organisiert."

Wie wenig die deutsche Anständigkeit mit solchen gemeinen Anwürfen fertig wurde, beweist ein Kommentar der „Deutschen Rundschau" zu der in die gleiche Zeit fallenden Verhaftung eines deutschen Studenten in Dirschau, der angeblich mit dem „Stahlhelm" in Danzig in enger Verbindung stand.

Es ist charakteristisch für die Arbeitsweise der polnischen Presse mit völlig unzureichendem Material und ohne Prüfung der Anhaltspunkte auf irgendeine Verleumdung hin, die Deutschen in Polen zu diffamieren und als illoyale Elemente der polnischen Öffentlichkeit zu zeigen. So verdächtigt der „Kurjer Poznański", wie im nachfolgenden gezeigt wird, einen deutschen Studenten, um am Schluß zu bemerken, daß er aus diesen und jenen Gründen nähere Angaben erst später bringen werde. Diese Angaben sind dann gewöhnlich ausgeblieben, aber der Zweck war erreicht, die Deutschen waren wieder einmal als politische Verschwörer hingestellt worden.

Der „Kurjer Poznański" meldet am 9. Juli 1925:

„Die Dirschauer Polizei, die schon in vielen Fällen bei der Erkundung der Agitation des „Stahlhelms" bei den Deutschen in Polen, wodurch im Geheimen ein Umsturz in Pommerellen vorbereitet wurde, großes Geschick bewiesen hat, hat jetzt ermittelt, daß zwischen dem Führer des „Stahlhelms" in Danzig, Kittler, und einem deutschen Studenten in Pommerellen, namens Walpulski, eine dauernde Verbindung bestand. Infolge Verdoppelung ihrer Wachsamkeit und nach langer Beobachtung gelang es der Polizei, den Walpulski am 6. d. Mts. zu verhaften. Bei dem Verhafteten wurde belastendes Material gefunden, und zwar belastend nicht nur für ihn selbst, sondern für die ganze Verschwörerorganisation bei den Deutschen in Pommerellen. Walpulski besaß verschiedene Skizzen und Pläne dieser Organisation und außerdem Adressen der

Organisationen und Führer in den einzelnen Städten in Pommerellen und in der Wojewodschaft Posen. Die Verhaftung des deutschen Studenten in Dirschau trägt dazu bei, verschiedene Umstände, die den Sicherheitsbehörden bisher rätselhaft erschienen, aufzuklären, und zeigt mit vollster Genauigkeit den Einfluß des Stahlhelms auf dem Gebiete Polens. Auf Grund dieses Materials wird es möglich sein, die Verschwörung unschädlich zu machen, indem man ihre Organisatoren und Mitglieder, die die Existenz des polnischen Staates bedrohten, verhaftet. Die Verschwörung arbeitete Hand in Hand mit dem Danziger und dem ostpreußischen Stahlhelm.

Nähere Angaben, und zwar vor allem die Namen hervorragender Einwohner Pommerellens, die an dieser Organisation einen tätigen Anteil nahmen, werden wir erst veröffentlichen können, wenn die Untersuchung abgeschlossen ist."

Die „Deutsche Rundschau" antwortet:

„ . . . Ein Volk, wie das polnische, das durch Generationen hindurch die nationale Verschwörung — nicht immer unberechtigt — als höchste Aufgabe eines aufrechten Mannes zu pflegen wußte, kann es nicht begreifen, daß wir Deutschen, trotzdem wir in den letzten fünf Jahren 900 000 unserer Brüder verloren haben, trotzdem wir eine Behandlung genießen, die sich mit allen Härten früherer Okkupationszeiten in keinen Vergleich bringen läßt, keine Verschwörer geworden sind."

Damit nun die gewünschte Wirkung dieser Prozesse gegen die Deutschtumsorganisationen auf die polnische Bevölkerung von der deutschen Presse nicht abgebogen werden konnte, verbot die Zensurbehörde der deutschen Presse eine eigene Stellungnahme[35]).

Eines von den vielen Beispielen dafür. Im Oktober 1929 meldet die Rundschau polizeiliche Haussuchungen im Zentral-

[35]) Die Presse wurde im ehemaligen Polen durch eigens hierfür eingesetzte Zensoren überwacht. Praktisch vollzog sich das so, daß die ersten Exemplare aus der Rotationsmaschine sofort zur Zensorstelle bei der Starostei geschafft werden mußten. Der Zensor hatte also die Möglichkeit, vor Ausdruck der letzten Exemplare bereits die Beschlagnahme der Gesamtauflage zu verfügen. Neben polnischen Zensoren, die der deutschen Sprache sehr wohl mächtig waren, gab es (z. B. in Litzmannstadt) Juden, die diese Funktion ausübten. Nach persönlicher Auskunft von Hauptschriftleiter Dr. W. Günzel.

büro der deutschen Abgeordneten. Studienrat Heidelck in Bromberg und Oberlehrer Dr. Burchard in Posen seien verhaftet. Haussuchungen und Verhaftungen auch in Thorn. Nach dem Tatsachenbericht kommt nun der bezeichnende Nachsatz:

„Jede weitere Nachricht über die Haussuchung und jeden weiteren Kommentar müssen wir uns auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft versagen, da uns sonst die Beschlagnahme droht."

Kaum wurden die Haussuchungen in der polnischen Öffentlichkeit bekannt, da setzte auch sofort eine wüste Pressehetze gegen das Deutschtum ein.

So schreibt u. a. der „Ilustrowany Kurjer Codzienny" in Nr. 297 vom 30. Oktober 1929:

„Im Zusammenhang mit den aufsehenerregenden Verhaftungen einiger junger Leute in Pommerellen wegen Spionage, die zu deutschen militärischen Ausbildungsorganisationen gehörten, erschienen in der Presse Meldungen über die Verhaftung deutscher Pfadfinder („niemieckich harcerzy").

Wie uns der Hauptverband der polnischen Pfadfinder (harcerzy) mitteilt, kann man die Verhafteten in keinem Fall als Harcerzy bezeichnen, da der Name Harcerz nur polnische, aber keineswegs irgendwelche anderen Skautverbände *) bezeichnet. Außerdem waren die Verhafteten nicht Mitglieder eines Skautverbandes, sondern gehörten einer halbmilitärischen Ausbildungsorganisation an, die keinerlei Kontakt und Verbindung mit der Welt-Skaut-Bewegung hat."

Die „Deutsche Rundschau" wehrte sich am 31. Oktober 1929 in einem Leitartikel „Gleiches Recht für alle" gegen die polnischen Presseartikel. Es heißt dort:

„Der Aufforderung der Zensurbehörde nachkommend, dürfen wir uns mit diesem blöden Angriff des „Kurjerek" gegen die verhafteten Deutschen nicht auseinandersetzen.

. . . Wir protestieren dagegen, daß die Behörden es polnischen Zeitungen gestatten, Angehörige der deutschen Minderheit mit den unglaublichsten Vorwürfen zu überhäufen. Wir stellen fest, daß am 17. Oktober der Warschauer „Kurjer Poranny" seinen Lesern eine Darstellung über die Verhaftungen unter den Deutschen gab. Dasselbe tat damals die hiesige „Gazeta Bydgoska", der „Kurjer

*) Soll Scoutverband heißen. D. Verf.

Poznański" brachte in seiner Nummer 492 vom 23. Oktober 1929 ebenfalls eine ausführliche Meldung über die Verhaftungen, und als neuester Bericht ist jetzt der des „Ilustrowany Kurjer Codzienny" zu verzeichnen. Keines dieser Blätter wurde von den Behörden beschlagnahmt."

Diese Haussuchungen wuchsen sich aus zu einem Wust von Prozessen, die nur ein Eingeweihter auseinanderhalten konnte. Aus diesem Grunde gibt die „Deutsche Rundschau" am 20. November 1929 eine Gliederung der verschiedenen Anklagen.

„ . . . Neben den zahlreichen Presseprozessen, von denen allein gegen die „Deutsche Rundschau" gegenwärtig 28 laufen, müssen wir drei Hauptgruppen unterscheiden:

1. Der Deutschtumsbund-Prozeß.
   Anklage wegen Hochverrats, hochverräterischen Unternehmens, wegen Amtsanmaßung und Geheimbündelei. Gegen 34 Deutsche mußte das Verfahren niedergeschlagen werden. Lediglich gegen 5 wird es weitergeführt und gegen die 8 Deutschen, die am 4. Juli 1929 verhaftet wurden.
2. Der Prozeß der Erinnerungsmedaillen.
   Bewußte Ausübung von Evidenz der ehemals deutschen Militärpersonen in Polen, denen Erinnerungsmedaillen (des Kyffhäuserbundes) verliehen wurden. Diese Handlung soll den Zweck gehabt haben, „ehemals deutsche Militärpersonen zu Diversionszwecken vorzubereiten, um bei einem deutsch-polnischen Konflikt mit den Heeren des Gegners Hand in Hand zu gehen."
3. Der Pfadfinderprozeß.
   Angeblich illegal organisierte Ausreisen der deutschen Jugend nach Deutschland zu Kursen für physische Erziehung und militärische Vorbereitung über Danzig. Dazu Wirtschaftsspionage."

Im Februar 1930 muß das Untersuchungsverfahren gegen Studienrat Heidelck, Bromberg, niedergeschlagen werden. Triumphierend ruft die „Deutsche Rundschau" aus:

„Es ist auch hier, wie es kommen mußte. Es ließ sich wieder nur die Unschuld beweisen! . . .

Man hatte doch in dem Eröffnungsbeschluß ausdrücklich den Verdacht ausgesprochen, daß man nun endlich

„die Spitze der gegen den polnischen Staat gerichteten militärischen Vorbereitungsaktion gefunden habe." Man hat nichts gefunden, weil man nichts finden konnte! Wir haben reine Hände, Herr Zaleski."

Nach einem halben Jahr beginnt dann aber der Deutschtumsprozeß. Die „Deutsche Rundschau" meldet am 12. April 1930, daß zehn Angeklagte beschuldigt werden, sich am Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitenrechte beteiligt zu haben, dessen Zweck und Tätigkeit darin bestand, mit Hilfe ungesetzlicher Mittel, Maßnahmen der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen zu verhindern oder zu entkräften.

Am 18. April 1930 bringt die Rundschau die Strafanträge des Staatsanwaltes im Deutschtumsbundprozeß. Zusammen 10 Jahre 10 Monate Zuchthaus, 4 Jahre 1 Monat Gefängnis und 1 Jahr Festung. Und am 20. April 1930 finden wir das Urteil wegen Teilnahme an einer staatsfeindlichen Verbindung. 42 Monate Gefängnis und 12 Monate Festungshaft.

Die polnische Presse nutzte natürlich ergiebig das Verbot des Zensors aus, das der deutschen Presse eine Stellungnahme zu den Prozessen versagte, um ungestört die Deutschen als Staatsfeinde und Spione hinstellen zu können. Der „Deutschen Rundschau" blieb nichts weiter übrig, als diese Verleumdungen festzuhalten und soweit als möglich sachlich zu entkräften, ohne näher auf die Prozesse eingehen zu können.

So bringt sie am 15. April 1930 einen Artikel mit der Überschrift:

„Stimmungsmache auf der anderen Seite.

Wie ein warmer Mairegen, so befruchtet der Deutschtumsbund-Prozeß die tatendurstigen Gemüter polnischer Journalisten, deren Ohren stets in einer ganz besonderen Richtung eingestellt sind, und von jeher das Sumpfgras wachsen hören. So erleben wir es, daß beispielsweise der „Kurjer Poznański" mit unerschütterlicher Festigkeit behauptet, sämtliche Angeklagten weigerten sich, die polnische Sprache zu benutzen, obwohl es bekannt sei, daß sie diese beherrschen. Die „Gazeta Bydgoska" hat am Freitag aus der Vernehmung der Angeklagten das Geständnis herausgehört, daß ungeheuer wichtiges Spionagematerial (!) in dem Büro des Dr. Rauschning gefunden worden sei, und daß sogar Verbindungen zwischen dem Deutschtumsbund und Berlin bestanden hätten. Aus den bei Dr. Rauschning beschlagnahmten Akten hätte sich ergeben, daß der Deutschtumsbund sogar schon im Jahre 1907 (!)

mit dem Auslandsinstitut in Stuttgart in Verbindung gestanden hätte!

(Ob dieser Berichterstatter wohl auch schon 13 Jahre vor seiner Geburt solchen Unsinn fabriziert hat? Die Red.)

Das schönste Stückchen leistet sich aber das Radio Polski. In einer durch Radio am Freitagabend um 11 Uhr verbreiteten Meldung stellt diese famose Institution fest, die Verbindungen des Deutschtumsbundes mit Berlin seien u. a. dadurch schlagend bewiesen, daß als Verteidiger des Angeklagten Rechtsanwalt Spitzer aus Berlin herangezogen worden sei! Wir stellen unsererseits dazu fest, daß Rechtsanwalt Spitzer in der Nähe der Piastenstadt Gnesen geboren und aufgewachsen ist, seine Rechtsanwaltspraxis in Bromberg ausübt und Abgeordneter des polnischen Sejms ist. Im übrigen leistet sich auch die amtliche Polnische Telegraphenagentur diesen Schnitzer und behauptet, Rechtsanwalt Spitzer sei aus Berlin.

Auf solchen Lorbeeren ruht der Ruhm der Kollegen von der anderen Seite."

Aus welchen lächerlichen Gründen solch ein Riesenprozeß aufgezogen wurde, beweist ein Leitartikel der Rundschau über den Pfadfinderprozeß. Ganz klar tritt hier der böse Wille der polnischen Behörden zutage, auf irgendeine Weise die deutsche Volksgruppe zu verleumden.

„Deutsche Rundschau" am 2. Mai 1930:

„ . . . In dem geheim verhandelten Pfadfinderprozeß haben folgende Führer und Mitglieder der deutschen Pfadfinderschaft in Polen und der Deutschen Jungenschaft in Polen Platz genommen:

Dr. Walter Burchard, Posen,
Friedrich Mielke, Bromberg,
Heinrich Preuß, Bromberg,
Karl Burow, Kolmar.

Schon vor Bekanntgabe der Anklageschrift haben wir bekanntgegeben, daß diesen Deutschen in Polen zum Vorwurf gemacht wird, sie hätten mit der Pfadfinderbewegung im Deutschen Reich im Zusammenhang gestanden und dort das Bundeslager der Pfadfinder in Kähnsdorf am Seddiner See bei Potsdam besucht. Da sie die teuren Pässe nicht bezahlen konnten, haben die Teilnehmer an dieser Fahrt durchaus legal die polnische Grenze bei Dirschau nach

Danzig überschritten. Von dort aus haben sie den Weg nach Deutschland gefunden. Wir haben gleichfalls das Urteil eines Bromberger Gerichtes wiedergegeben, in dem in einem früheren bekannten analogen Fall dieser Umweg über Danzig nicht als strafbar anerkannt wurde. Daß polnische Pfadfinder in Deutschland gleichfalls an einem national-polnischen Lager in Polen teilgenommen haben und dorthin sogar mit Unterstützung der deutschen Regierung gereist sind, ist gleichfalls seit langem bekannt. Ebenso bekannt ist ein weiterer Vorwurf, der gegen Herrn Dr. Buchard deshalb erhoben wird, weil er mit Mitgliedern der Deutschen Jungenschaft in Polen deutsche Siedlungen in Kongreßpolen durchwandert und dort wirtschaftlich statistisches Material gesammelt hat . . ."

Einen Tag später wird das Urteil im Pfadfinderprozeß verkündet: Burchard 1 Jahr Gefängnis, Mielke 3 Monate Gefängnis und 1200 Zloty Geldstrafe, Preuß 3 Monate Gefängnis und 800 Zloty Geldstrafe. Dazu die „Deutsche Rundschau" am 3. Mai 1930:

„ . . . Nur wer das bittere Schicksal des Deutschtums im ehemaligen preußischen Teilgebiet der Republik Polen täglich auf Schultern und Seele trägt, kann diesen Urteilsspruch im Pfadfinderprozeß gefaßt ertragen. Anerkennen werden wir dieses Urteil niemals, und wir wissen, daß es eine objektiv denkende nichtdeutsche Welt gleichfalls nicht anzuerkennen vermag . . ."

Um das Verbot des Zensors wenigstens etwas zu entkräften, benutzte die Rundschau das Mittel der Gegenüberstellung. Sie konnte zu der Anklage gegen die deutschen Pfadfinder keine genügende Stellung nehmen, dafür aber brachte sie ausführliche Berichte über das Auftreten der polnischen Pfadfinder im Reich, um an diesem Vergleich die Haltlosigkeit der polnischen Anklage gegen die deutschen Pfadfinder in Polen herauszuarbeiten. In diesem Sinne berichtet die Rundschau am 18. Dezember 1929:

„Militärische Vorbereitung der auslandpolnischen Jugend.

Die Posener „Gazeta Zachodnia", ein Regierungsorgan, läßt sich aus Warschau melden:

„Auf Betreiben des Staatsamtes für Leibesübungen und militärische Vorbereitung hat eine Konferenz stattgefunden, die Fragen des Sports und der physischen Erziehung unter

den Auslandpolen gewidmet war. An dieser Konferenz nahmen Oberst Krzycki, Major Kalbuszewski, Oberst Ulrych, Direktor Lenartowicz als Vertreter des Rates der Auslandpolen und Hauptmann Pularski als Vertreter der polnischen Auswanderungsgesellschaft teil. Im Laufe der Diskussionen wurden die Richtlinien für eine Zusammenarbeit in den polnischen Organisationen und die Hilfeleistung durch den Staat festgelegt."

Die polnische Zensur verbietet es uns, derartige Meldungen durch eine vergleichende Betrachtung zu ergänzen. Wir stellen daher nur die Tatsache fest, daß die Mitglieder der deutschen Jugendorganisationen in Polen (einschließlich der deutschen Pfadfinder), im Unterschied zu der auslandpolnischen Jugend (einschließlich der polnischen Pfadfinder in Deutschland) niemals militärisch organisiert waren und auch niemals bei ihren Besuchen in Deutschland militärisch ausgebildet wurden. Den jungen polnischen Pfadfindern in Deutschland hat man aus ihren Reisen nach Polen zu ihren allpolnischen Bundeslagern (mit militärischem Beigeschmack) niemals einen Vorwurf gemacht! Sie genießen im Reich nach wie vor alle Vorrechte der Mitglieder einer volksdeutschen Jugendorganisation (Fahrpreisermäßigung usw.). Die deutschen Jugendvereine in Polen können sich eines gleichartigen Entgegenkommens leider nicht erfreuen."

Mit der gleichen Tendenz veröffentlicht die Rundschau am 23. Mai 1930 folgenden Bericht:

„Pfadfinder hier und dort.

Die polnischen Pfadfinder in Deutschland veranstalteten im Stadtteil Roßberg in Beuthen einen Umzug durch die Straßen und eine Fahnenweihe. Die polnischen Pfadfinder hatten zu ihrer Festlichkeit und Weihe Pfadfinder aus Hindenburg, Ratibor, Oppeln und selbst aus Breslau eingeladen, und es sind nicht nur die dortigen Pfadfinder, sondern auch die polnischen Sokols erschienen, die bekanntlich vor der Abstimmung in Oberschlesien Träger der polnischen Aufstandsbewegung waren.

Nach dem Bericht der polnischen Presse haben an der Feier polnische Organisationen aus ganz Oberschlesien teilgenommen. Auch der polnische Generalkonsul Malhomme war erschienen. Man hatte eine Unmenge Fahnen und Standarten mitgenommen und ließ in der Roßberger Pfarrkirche eine Messe lesen. Die neue Fahne der Beuthener

polnischen Pfadfinder trugen kleine Mädchen, die in der kleidsamen Roßberger Bauerntracht, die deutschen Ursprungs ist, steckten.

Nach der Messe sollte in der Kirche die Fahnenweihe stattfinden. Dies unterblieb jedoch, weil der Roßberger Pfarrer Strzybny, den die polnische Presse einen Zentrumshakatisten nennt, die Weihe mit der Begründung abgelehnt hatte, daß die Pfadfinder nicht zu denjenigen Organisationen gehören, deren Standarten man kirchlich einweiht. Die polnische Presse nennt die Haltung des Pfarrers „skandalös"! Die Fahnenweihe vollzog darauf der Vorsitzende der polnischen Pfadfinder in Deutschland, Direktor Powolny, in einem Restaurant. Er forderte die polnische Jugend auf, diese „mit Tränen geweihte polnische Fahne" noch mehr zu lieben und ihrer Idee bis zum Tode getreu zu dienen. Nach der Fahnenweihe wurden besonders verdienten polnischen Pfadfindern Ehrenurkunden überreicht.

Die Demonstration der polnischen Pfadfinder wurde von keiner Seite gestört, obwohl die deutschen Pfadfinder auf dem Ring eine Gegendemonstration veranstalteten. Die Verweigerung der kirchlichen Weihe für die Fahne der Beuthener polnischen Pfadfinder hat — nach einer Meldung der „D.A.Z." — die polnische Pfadfindervereinigung außerordentlich in Harnisch gebracht. Sie hat eine Protestversammlung abgehalten. Dabei wurde der Beschluß gefaßt, an alle Pfadfinderverbände der Welt, u. a. nach London, Rom, Paris, Washington usw., gegen die Absage des Pfarrers Strzybny einen Protest zu richten.

Du liebe Welt! Wenn wir nur solche Tränen zu weinen hätten, mit denen angeblich die Fahne der polnischen Pfadfinder in Beuthen „geweiht" wurde! Wenn wir nur Stoff für derart kindliche Proteste auftreiben könnten. Wir wären mit Recht glücklich — oder auch unverschämt zu nennen.

Bei uns gab es soeben erst einen Pfadfinderprozeß, in dem junge deutsche Männer ohne jede Bewährungsfrist zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, weil die in Bromberg polizeilich gemeldete Pfadfinderbewegung eine „Geheimbündelei" sei und weil die deutschen Pfadfinder „versuchte Spionage" getrieben hätten, die darin bestand, daß sie die wieder aufgegebene Absicht gehabt hätten, auf ihren Wanderfahrten deutsche Siedlungen in Kongreßpolen zu besuchen und dabei (o Graus!) statistische Notizen über die Wirtschaft dieser Kolonisten zu machen.

Vielleicht soll der lächerliche Beuthener Fahnenprotest den Eindruck, den das Bromberger Urteil in der internationalen Pfadfinder-Bewegung hervorgerufen hat, wieder paralysieren. Vielleicht hat man das besonders deshalb nötig, weil man im Bromberger Pfadfinderprozeß, entgegen der klaren Bestimmung der neuen polnischen Prozeßordnung den von der Verteidigung benannten englischen Sachverständigen Alan C. Collingridge, der eigens zu diesem Zweck in ununterbrochener Fahrt von London nach Bromberg gereist war, einfach nicht verhörte!

Was bedeutet aber der Beuthener Fahnenprotest neben dem Pfadfinderprozeß in Bromberg und seiner Urteilsbegründung, die noch unglaublicher klingt als die vom Gerichtshof festgesetzten Strafen selbst? Welcher deutsche Pfadfinder in Polen würde es jemals wagen, in öffentlichem Umzuge, in Gegenwart des deutschen Generalkonsuls seine Fahnen zur Kirche zu bringen und dort weihen zu lassen? Wehe dem armen Jungen, der so hirnverbrannt wäre, an eine solche Demonstration überhaupt zu denken! Das Gefängnis steht ihm schon offen, wenn er nur die Absicht hat, seine Landsleute im Dorf zu besuchen und sie zu fragen, wieviel Heu ihre Wiese und wieviel Milch ihre Kuh zu geben pflegt! Und dabei besteht zwischen den deutschen Pfadfindern in Polen und den polnischen Pfadfindern in Deutschland ein gewichtiger Unterschied. Unsere jungen Leute sind ebensowenig militärisch-politisch orientiert wie die große deutsche Pfadfinder-Bewegung im Reich. Dagegen stehen die polnischen Pfadfinder aus Deutschland offenkundig und ungestört im Zusammenhang mit der militärisch organisierten staatspolnischen Jugendbewegung hierzulande.

So mutet uns der Beuthener Fahnenprotest neben dem Bromberger Pfadfinderprozeß genau so an, als wenn ein Gesunder neben einem Schwerverwundeten steht und als ob dieser Gesunde, wenn jener auf seine Narben und Prothesen zeigt, laut über den vermeintlichen Mückenstich weint, den er erhalten haben will. So ist es um die „mit Tränen geweihte Fahne" des polnischen Pfadfinderführers Powolny bestellt. Wir haben vor solchen Krokodilstränen und solcher Mätyrerglorie keine Achtung. Ob das angerufene „Weltgewissen" sich respektvoller verhalten wird?"

Wenn die polnischen Behörden ihre Entdeutschungspolitik gewöhnlich mit rechtlichen oder wirtschaftlichen Zweckmäßigkeitsgründen tarnten, so trat in den oben geschilderten Prozessen ihre Einstellung zu der deutschen Minderheit klar zutage. Die fadenscheinigsten Anlässe genügten ihnen, um die Deutschen als angebliche Spione und Verräter vor ihre Gerichte zu zerren. Jedem unvoreingenommenen Kenner der Lage der Minderheiten in Polen mußten sofort die polnischen Anklagepunkte als konstruierte und bewußte Fälschungen erscheinen. Um den Deutschen die Möglichkeit einer schnellen und beweisfähigen Richtigstellung zu nehmen, wurde einfach ein striktes Verbot für die deutsche Presse erlassen. Während die polnische Presse ungehindert die Deutschen in der gemeinsten Weise verleumden durfte, blieb den deutschen Zeitungen nichts weiter übrig, als den Gang der Prozeßverhandlungen zu schildern, soweit die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen wurde, und indirekt mit Berichten über die Organisationen der Polen im Reich die Haltlosigkeit der polnischen Anklagen aufzuzeigen.

8. Die tägliche publizistische Auseinandersetzung.

Die Raffiniertheit und Systematik der Polen in der volkspolitischen Auseinandersetzung mit dem Deutschtum in den abgetretenen Gebieten haben die vorigen Kapitel aufgezeigt.

Die erste Aufgabe der Polen hieß, die Zahl der Deutschen in diesen Provinzen entscheidend zu verringern. Dies ist den Polen mit Hilfe der Zwangsausweisungen der deutschen Optanten restlos gelungen.

Die fast entschädigungslose Liquidation des deutschen Eigentums erschütterte entscheidend den Wohlstand und die durch langjährigen Fleiß erworbene deutsche wirtschaftlich führende Stellung.

In der Agrarreform schufen sich die Polen eine tödliche Waffe, um den Grundbesitz der Deutschen mit polnischer Staatsangehörigkeit verschwinden lassen zu können.

Die Verleumdungsprozesse wiederum sollten die Ehre und Loyalität der Deutschen in Polen in Frage stellen.

Neben diesen großen Stationen im Opfergang der Deutschen in Polen mußten sie täglich und stündlich eine Flut übelster Presseerzeugnisse gegen ihr deutsches Volkstum über sich ergehen lassen. Tausend kleine Sticheleien, Anschuldi-

gungen und Schikanen von seiten der Polen sollten ihnen den Aufenthalt im polnischen Staat so unangenehm wie möglich machen.

Dieses Kapitel soll aufzeigen, mit welch bodenlosem Haß die Polen die Deutschen täglich anfielen, und andererseits welche Opfer die Deutschen in Polen für ihr Volkstum gebracht haben.

Wollte ich nun im folgenden alle polnischen Übergriffe und Schikanen festhalten, die aus der deutschen Tagespresse zu entnehmen sind, dann würden Bände nicht ausreichen. Ich will nur einige wenige, aber typische Beispiele aus den Jahrgängen der „Deutschen Rundschau" anführen und — soweit als vorhanden — die Stellungnahme der deutschen Schriftleiter bringen.

Wir werden feststellen, daß fast kein Lebensgebiet fehlt. Den Deutschen in Polen wurde restlos klar, was es heißt, als Minderheit unter einem charakterlich minderwertigen Volk zu leben.

Am 16. April 1925 schildert die „Deutsche Rundschau" die Schließung des deutschen Krankenhauses Bethesda in Gnesen. Wenige Tage später lesen wir, daß die Polen das deutsche Krankenhaus in Bojanowo besetzt haben, und am 15. Mai meldet die Zeitung die Besetzung des deutschen Kinderheims in Strelno.

Diese unglaublichen Maßnahmen gegen wirklich unpolitische Krankenhäuser und Kinderheime begleitet die „Deutsche Rundschau" mit den Worten:

> „Wir wünschen unseren Widersachern nichts weiter, als daß sie im Wasser von Bethesda, das heißt im Wasser der göttlichen Gnade, sich von ihrer Krankheit des Hasses heilen mögen."

Im Juni 1925 verbietet der polnische Westmarkenverband [36]), dessen vornehmste Aufgabe die restlose Polonisierung der abgetretenen Gebiete war, seinen polnischen Volksgenossen,

[36]) Verbd. zum Schutze der Westmarken. (Związek Obrony Kresów Zachodnich Z. O. K. Z.) Gegr. 1919. Erstrebte mit allen Mitteln Entdeutschung der ehemals preußischen Westprovinzen Polens. Einige dieser Mittel: Gummiknüppelattentate, Sprengung von Versammlungen, Boykottaktionen, Pressehetze, Resolutionen usw.

deutschen Optanten in ihrer Notlage irgendwie zu helfen. Dazu der Kommentar der Rundschau.

„Dieses eigenartige Kulturdokument des Westmarkenvereins, das in alle Kultursprachen übersetzt zu werden verdient, ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Zunächst bekennen die Häuptlinge dieser im Interesse des Staatswohles höchst überflüssigen Organisation, daß die polnische Bevölkerung in Wahrheit an der Abwanderung der deutschen Optanten gar nicht interessiert ist, sondern, daß trotz der unverantwortlichen Hetze des Westmarkenvereins fast jeder Deutsche in einem Polen einen Fürsprecher findet. Trotzdem schämt sich das Direktorium dieser Organisation nicht, mit öffentlichen Denunziationen zu drohen, wenn der christlich denkende Teil des Volkes seinen ursprünglichen Gefühlen freien Lauf läßt.

Wir können in unserem Abwehrkampf den merkwürdigen „Verteidigern der Westmarken" für dieses Kulturdokument nur dankbar sein, weiß doch auch jetzt der anständige Pole, was er von den Rittern der O.K.Z. zu halten hat. Wenn der Dunkelmänner Masken fallen, feiert die lichte Wahrheit Geburtstag. Das ist ein Grund zur Freude, nicht wahr?"

Der Schlußsatz der Rundschau zeigt deutlich die Unbeholfenheit gegen diese polnische Verkommenheit.

Wie stark der Einfluß der polnischen chauvinistischen Presse war, und wie sie sich auch gegen die Behörden durchsetzte, zeigt ein Beispiel aus Bromberg:

Am 19. September 1929 hatte der Bromberger Magistrat das Stadttheater in Bromberg für eine einmalige Wohltätigkeits-Veranstaltung dem „Deutschen Frauenverein" zur Verfügung gestellt. Die verständnisvolle Haltung des Bromberger Magistrats wurde von der polnischen Ortspresse zu einer unerhörten Deutschenhetze benutzt, die den Erfolg hatte, daß in verschiedenen Zuschriften, die dem Magistrat zugingen, mit einer Sprengung dieser einmaligen caritativen Veranstaltung gedroht wurde. Der Magistrat sah sich daher gezwungen, seine Zusage in letzter Stunde, d. h. am Vortage der Aufführung, zurückzunehmen, da er sich nicht in der Lage glaubte, den Schutz der deutschen Theaterbesucher ausreichend garantieren zu können.

Dazu schreibt der „Dziennik Bydgoski" [37]):

„In der Angelegenheit der deutschen Vorstellung im Stadttheater erklären wir, daß w i r unsere Zustimmung zu dieser Veranstaltung n i c h t gegeben haben. Wir sind gezwungen, diese Erklärung abzugeben, mit Rücksicht auf die E n t r ü s t u n g, die in der Stadt die Tatsache der Abgabe des Theatergebäudes an einen Verein hervorgerufen hat, an dessen Spitze eine Dame steht, die seinerzeit durch ihr antipolnisches Auftreten bekannt geworden ist. Ferner hat auch auf unseren Standpunkt die übermäßig illoyale Haltung der „Deutschen Rundschau" Polen gegenüber eingewirkt."

Oder die „Gazeta Bydgoska" [38]) am 20. September 1929:

„Gestern beschloß der Magistrat unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die zahlreiche Delegationen polnischer Organisationen zum Ausdruck brachten, die den Deutschen erteilte Erlaubnis zur Veranstaltung einer Aufführung von Berliner Schauspielern im Stadttheater zurückzuziehen. Die letzten Vorfälle mit dem Kattowitzer polnischen Theater in Hindenburg und Beuthen und das freche Auftreten der „Deutschen Rundschau" in dieser Frage haben die polnische Bevölkerung so erregt, daß man energische deutschfeindliche Kundgebungen erwarten konnte; haben sich doch sogar ziemlich zahlreiche Zwischenfälle ereignet, wo auf der Straße auf deutsche Laute scharf reagiert wurde.

Die Bromberger Deutschen haben es durch ihre provozierende Politik — denn gerade eine solche Politik veranlaßte sie, das Stadttheater zu fordern (nicht die Umbauten im Elysium, denn diese konnten in 14 Tagen beendet sein, und das Gesuch um das Stadttheater ist einen Monat alt) — dahin gebracht, daß die polnische Wachsamkeit über sie von neuem erwachte. Und wir begannen doch schon, diese Wachsamkeit zu vergessen und wir begannen schon, unverbesserlich naiv, wie wir sind, die hiesigen Deutschen als loyale Mitbürger zu behandeln. Der Zwischenfall mit der Zureise Berliner Schauspieler zwang uns, diesen „loyalen" Mitbürgern gerade ins Auge zu sehen."

[37]) „Dziennik Bydgoski" war das Organ der christlich-demokratischen Partei in Bromberg. Gegr. 1907. Auflage 40000.

[38]) „Gazeta Bydgoska" — Bromberg. Gegr. 1922. Auflage nach Para 40000. Richtung nationaldemokratisch.

Die Antwort der Rundschau am 22. September 1929:

„So das edle Blatt. Wir müssen wiederholen: so viel Heuchelei, so viel Entstellung von Tatsachen in den kurzen Zeilen sind uns selten vorgekommen. Aber der Zweck, nämlich gegen die Deutschen zu hetzen, heiligt diese gemeinen Mittel. Mag uns das edle Blatt doch einmal die Delegationen nennen, die angeblich den Magistrat veranlaßt haben, sein gegebenes Versprechen zurückzuziehen. Wir glauben an diese Mär nicht, und wenn wirklich solche Abordnungen im Rathause zu dem angegebenen Zweck erschienen sind, so sind sie sicher von der Gazeta aufgehetzt worden. Es wäre aber ein übles Zeichen für die Charakterstärke des Magistrats, wenn die Mär von den Delegationen sich bestätigen sollte. Das Blatt scheint diesem Argument nicht recht zu trauen, denn es gibt im zweiten Satz als Grund für die Absage die Befürchtung vor deutschfeindlichen Demonstrationen an, die auch nur befürchtet werden konnten, wenn von den polnischen Blättern dazu gehetzt wurde. Daß auf deutsche Laute auf der Straße von polnischer Seite scharf reagiert wird, bezeichnen wir so lange als freche Lüge, bis uns der strikte Beweis dafür erbracht wird. Die hiesige polnische Bevölkerung hat nach unserer Wahrnehmung die politischen Kinderkrankheiten der Nachkriegszeit längst überwunden und verhält sich den deutschen Mitbürgern gegenüber durchaus freundlich, und die letzteren befleißigen sich desselben Verhaltens gegenüber der Gegenseite. Wären solche Straßenzwischenfälle vorgekommen, so wären sie längst zu unserer Kenntnis gelangt.

Der Ausfall gegen die „Deutsche Rundschau" läßt uns ganz kalt, solche Rüpeleien, für die nicht der geringste sachliche Grund beigebracht wird, strafen wir mit Verachtung. An Wahnsinn grenzt die Unterstellung, das Gesuch um Überlassung des Stadttheaters für eine Wohltätigkeits-Vorstellung sei aus irgendwelchen politischen Motiven gestellt worden. Wenn die Deutschen Brombergs einmal in einem Jahrzehnt das von ihnen erbaute und nicht zuletzt von ihren Steuergeldern unterhaltene Stadttheater für eine Aufführung begehren, dann haben sie dafür einen klaren Rechtsanspruch, und wer diesen Vorgang dazu benutzen will, um die einzelnen Bevölkerungsklassen gegeneinander zu hetzen (§ 130 St.G.B.), der gehört an den Pranger.

Wie naiv und kritiklos müssen die Leser der „Gazeta" sein, wenn das Blatt ihnen zumutet, zu glauben, das „Ver-

halten der Bromberger Deutschen" habe die polnische Wachsamkeit von neuem hervorgerufen. Worin bestand denn das hochverräterische Verhalten der hiesigen Deutschen? Nun darin, daß sich ein caritativer Verein an den Magistrat mit der Bitte wandte, ihm das Stadttheater für eine einmalige Wohltätigkeits-Vorstellung zu überlassen, und daß er sich zu dieser Vorstellung einen Darsteller aus Deutschland verschrieb. Dieser Tatbestand hätte vermutlich selbst die naivsten Leser der „Gazeta" stutzig gemacht, und deshalb dichtet ihn das Blatt um, d. h. es macht aus dem einen Schauspieler aus Thüringen ein Berliner Schauspielensemble („Zureise der Berliner Schauspieler") und erweckt in den naiven Gemütern seiner Leser die Vorstellung, die „Berliner Schauspieler" würden wohl das Stadttheater für immer beschlagnahmen.

Die groteske Komödie, die sich aus Anlaß der Veranstaltung des Deutschen Frauenvereins hier abspielt, ist nun vorbei; ihr Abschluß wird in der Geschichte der Stadt kein Ruhmesblatt bilden. Dazu haben die beiden hiesigen polnischen Blätter nach Kräften beigetragen; sie können sich rühmen, in die nationalen Verhältnisse am Ort neuen Giftstoff hineingetragen zu haben. Fürwahr ein edles Brüderpaar, das sich in unserer Zeit der Höhenrekorde auf einem bemitleidenswerten tiefen Niveau bewegt."

Aber nicht nur die polnische Presse hetzte bei jeder nur möglichen Gelegenheit, schon in der Schule in den untersten Klassen hämmerte der Pole den Kindern den Haß gegen das Deutschtum ein. Am 3. August 1926 lesen wir in der Rundschau in einer deutschen Interpellation an den polnischen Kultusminister, daß ein polnischer Lehrer in Soldau nachfolgendes Hetzlied in der Klasse wie auf dem Schulplatz hat singen lassen, trotzdem sich in dieser Schule eine erhebliche Anzahl deutscher Kinder — wenn auch unfreiwillig — befand. Hier die übersetzten Strophen des Liedes: Wir sehen vier Adler.

1. Wir sahen vier Adler, wie sie in die Höhe flogen, den russischen, preußischen, österreichischen und unseren weißen Adler.

2. Es verging nicht viel Zeit, nicht mal drei Gebete, da hat der polnische Adler dem schwarzen Lumpen die Federn ausgerissen.

3. Denkt noch daran, Österreicher, wie Wien brannte; der weiße Adler schwang sich in die Höhe, der schwarze besudelte sich.
4. Noch ist Rußland nicht verloren, aber es muß untergehen; was Japan nicht ausgefochten hat, das muß die Pest erdrücken.
5. Noch ist Polen nicht verloren
und es darf auch nicht verlorengehen;
einst wird der Deutsche dem Polen die Stiefel putzen.
6. Noch ist Polen nicht verloren,
solange Gott über uns ist,
der Deutsche wird noch einstmals mit dem Kopfe nach unten hängen.

Auch einen Überfall und die Störung eines deutschen Tanzvergnügens ließen sich die Polen nicht entgehen. Dazu nimmt die „Deutsche Rundschau" am 27. Juli 1927 folgendermaßen Stellung:

„ . . . Es ist zu erwarten, daß dieser allen Rechten hohnsprechende Vorfall nicht etwa der Auftakt sein wird zu vielleicht noch folgenden ähnlichen Vorgängen. Dagegen müssen wir auf das entschiedenste Verwarnung einlegen. Solche verdammungswürdigen Ereignisse müssen hier in Großpolen unbedingt als schwere Entgleisung angesehen werden."

Im April 1928 erlebte das Deutschtum der Stadt Bromberg eine tiefe Demütigung. Die „Deutsche Rundschau" bringt am 24. April die unglaubliche Meldung, daß sich ein polnischer Ingenieur bereit erklärt habe, mit eigenen Mitteln den Bismarckturm abzutragen. Dieser Turm war seit dem Jahre 1911 das stolze Wahrzeichen der Stadt Bromberg.

„Man wird also jetzt den Bismarckturm zerstören," — schreibt die „Deutsche Rundschau" — „wie man schon so manchen Wert vernichtet hat, der über den begrenzten Horizont tüchtiger Patrioten hinausging. Wie lange sich diese „Kulturarbeit" hinziehen wird, ist nicht abzusehen, und Fachleute behaupten schon heute, daß der Ingenieur Glowacki seine Rechnung ohne den deutschen Baumeister, der den Turm errichtete, gemacht hat. Die deutsche Bevölkerung hat im Jahre 1911 einen Turm von künstlerischem Wert errichtet. Die polnischen Stadtverordneten

zerstören diesen Turm, und der Steinhaufen, den wir demnächst an Stelle dieses Bauwerkes erblicken werden, wird ein Beweis für den kulturellen Tiefstand unserer rechtsradikal gesinnten polnischen Mitbürger sein, die übrigens nach den letzten Sejmwahlen nur im Stadtparlament, nicht aber in der Bevölkerung eine Mehrheit besitzen. — Unterdessen aber pflegen die viel angepöbelten deutschen „Barbaren" das Denkmal eines Königs Sobieski im Danziger Artushof und das Denkmal des mit Napoleon verbündeten Fürsten Poniatowski in Leipzig."

Die „Gazeta Bydgoska" schreibt am 28. April 1928:

„Der preußische Hakatismus baute im Laufe von acht Jahren, von 1905 bis 1913, das Denkmal, häßlich in seiner Brutalität, abscheulich in seiner Architektur und seiner Tendenz zu Ehren der Parole seines Schöpfers „ausrotten". Das war die höchste Auswirkung der preußischen Seele hier auf polnischer Erde . . ."

Die in den nächsten Tagen einsetzende Pressepolemik gegen den Abriß des Turmes endete erfolglos. Am 19. Mai 1928 wird die „Deutsche Rundschau" beschlagnahmt wegen des Artikels „Der Schandfleck", den sie zur erfolgten Zerstörung des Bismarckturmes veröffentlichen wollte.

Die polnische örtliche Presse triumphiert. In ihrer Nr. 115 vom 19. Mai schreibt die „Gazeta Bydgoska":

„Der vor vier Wochen begonnene Abbruch des schweren und brutalen Bismarckturmes, der das Bild unserer Stadt verschandelte, geht seinem Ende entgegen. Nach Beseitigung der wertvolleren Teile (der Bronzebeschläge, der wenigen Marmorplatten, des Türgitters) und der Metallteile wurden in der letzten Woche eine Reihe von Steinen aus dem unteren Teil der Südseite entfernt, damit bei den Dynamitexplosionen der Turm nicht in Richtung der Stadt fiel, sondern nach der Seite von Schöndorf.

Am verflossenen Dienstag wurde durch mehrere Dynamitladungen der obere Teil zerstört, am Mittwoch, 8 Uhr abends (genau 8.13 Uhr), wurde durch vier Dynamitexplosionen der untere Teil des Turmes in die Luft gesprengt.

Und heute verblieben von dem stolzen Denkmal des preußischen Hakatismus, von diesem Monument, das vor der Welt von der Übermacht der Gewalt über das Recht zeugen sollte, nur Trümmer. Die Sprengung des Turmes

durch einige schwache Dynamitladungen, durch deren Explosion nicht einmal die Fensterscheiben der benachbarten Häuser zertrümmert wurden, bestätigt von neuem, daß die Ideologie derjenigen, die den Turm bauten, ebenso brüchig war wie die preußische Übermacht, die sich auf Unrecht stützte. Sie imponierte nur durch ihre scheinbare Macht und Geschlossenheit, als wenn sie der biblische Fels wäre, obgleich sie doch nur auf Sand gebaut war.

Gegenwärtig schafft man die Steine weg und sicherlich wird in einigen Wochen vom Bismarckturm nicht eine Spur vorhanden sein. Es hilft hier nicht das Flennen und Bedauern der „Deutschen Rundschau", es hilft auch nicht die Enquete über das Thema „Zerstören oder Nichtzerstören", die aus Gefälligkeit für die Deutschen unternommen worden ist.

Es mußte der Vernichtung anheimfallen, was schon als Produkt des Hasses im Keim zur Vernichtung bestimmt war. Und nun ist zwar etwas verspätet aber gerechterweise das Urteil heute vollstreckt worden."

Die katastrophale Rechtlosigkeit der Deutschen im polnischen Staate schildert anschaulich ein Kurzbericht der „Deutschen Rundschau", in dem sie mitteilt, ein Deutscher aus Adelnau erhielt wegen seiner Deutschstämmigkeit 70 Strafmandate von einem polnischen Landratskommissar zugestellt. Das Gericht mußte den Deutschen in allen Fällen freisprechen. Trotzdem hatte der Pole sein Ziel, die wirtschaftliche Ruinierung des Deutschen, erreicht, da diesem dadurch ungeheure Gerichtskosten entstanden waren.

Greifen wir noch einen Bericht der Rundschau vom 22. August 1930 heraus, der sich in schlichten Worten mit der Not der deutschen Gastwirte befaßt. Es war klar, daß die geringe Anzahl deutscher Gaststätten die gegebenen Treffpunkte für die deutsche Bevölkerung der betreffenden Ortschaften waren und daß das deutsche Vereinsleben sich zum größten Teil auch dort abspielte. Gerade dies aber wollten die Polen unterbinden, und so begann unter dem sozialen Schlagwort „Kampf dem Alkohol" der Kampf gegen die Deutschen.

„ . . . Zudem sind die Bestimmungen derart unklar, daß selbst die Beamten den Sinn vielfach falsch auslegten. . . . Hier (bei den Deutschen) wurden geringfügige

Verstöße als Vergehen gestempelt und mit schweren Strafen geahndet. z. B. jemand bekommt eine Sendung Czysta (Kornbranntwein), draußen herrscht Frost. Die Ware kommt ins warme Lokal. Plötzlich platzt eine Flasche. Er nimmt diese Flasche und gießt den Rest in eine zufällig in der Nähe stehende. In der Aufregung vergißt er davon. Nun kommt die Kontrolle und behauptet, er habe diesen Czysta mit Wasser gefälscht. . . . Resultat 60 Zloty Strafe oder 3 Tage Haft. Oder am Montag sind, da am Sonntag das Geschäft flotter ging, die Zigarren oder irgendeine gangbare Sorte Zigaretten ausverkauft. Die Kontrolle stellt dies fest, 10 Zloty Ordnungsstrafe.

Ein noch krasserer Fall: Die Prohibitionspolizei gibt auf einem Kontrollgang an einem Sonntag einem Zivilisten Geld, er solle für sie einen halben Liter Czysta holen, um ihn dann in flagranti zu erwischen. In diesem Falle war selbst der Richter der Ansicht, daß die Polizei den Bürger vor Übertretung behüten und nicht dazu provozieren sollte. Der Staatsanwalt war anderer Ansicht und legte gegen den Freispruch Berufung ein. Das Strafmaß der Strafkammer lautete auf 60 Zloty und die Kosten beider Instanzen. Man könnte mit diesen Vorfällen ein großes Werk füllen.

Die eingezogenen Strafen brachten dem Staate viele Tausende ein, die zum größten Teil die deutschen Gastwirte aufbringen mußten; denn in polnischen Lokalen schenkte man Alkohol ganz ungestraft öffentlich aus. Durch dieses Verfahren hat man erreicht, daß viele Deutsche nun vorbestraft sind und jetzt nicht allein den Konsens verlieren müssen, sondern auch in anderer Hinsicht moralisch geschädigt wurden. Sie sind nun Vorbestrafte. . . . Im Jahre 1929 wurde nun das Richtige getroffen. Auf Grund des Artikels 78 der Verfügung des Staatspräsidenten vom 20. März 1927 wird der Konsens entzogen. Die Gastwirte erhalten einen sechsmonatlichen Liquidationstermin. Warum? Gründe sind nicht angegeben."

Bei jeder Gelegenheit versuchte die polnische Presse die deutschen Erfolge in Technik und Wirtschaft herunterzuziehen. Sie versuchte ständig, ihren Lesern die polnische Überlegenheit den Deutschen gegenüber auf allen Gebieten einzuhämmern, und in dieses Programm paßten nun durchaus nicht die deutschen Erfolge. So bringt die Rundschau am 15. September 1929 fol-

gende Auslassung des „Dziennik Bydgoski" über die glänzende Ozeanbezwingung des deutschen Luftschiffes „Graf Zeppelin":

„Der Neid der Besitzlosen.

Dem „Dziennik Bydgoski" wird von seinem „eigenen Berliner Korrespondenten" unter der Überschrift „Geschäfte des Herrn Eckener" (geszefty pana Eckenera) geschrieben:

Seit zwei Tagen wehen in Deutschland die Nationalfahnen, und eine Reihe von Schulen hat den Kindern schulfrei gegeben. Im ganzen Lande großer Jubel (wielki „jubel"): Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist von seiner Reise um die Welt zurückgekehrt.

Die volkstümlichsten Männer in Deutschland: Hindenburg, Goethe, Beethoven? Nie im Leben! Der Boxer Max Schmeling mit der platten Nase. Und zwei „Sachen": Der Dampfer „Bremen" und das Luftschiff „Zeppelin".

Hinter der Begeisterung versteckt sich „money". Das hat auch sehr gut Herr Dr. Eckener herausgefühlt, der in Lakehurst den Posten eines Kommandanten des Luftschiffes aufgab und „an die Wirtschaftsfront" ging. Herr Eckener verhandelt jetzt mit den Bankier-Firmen Lehmann Brothers sowie G. M. P. Murphy and Co. Die kühlen Bankiers jenseits des Ozeans haben (zusammen mit der amerikanischen „Goodyear Zeppelin Compagnie") für eine regelmäßige Verbindung über den Ozean Feuer gefangen. Zwei Luftschiffe, die der amerikanischen Zeppelin-Firma gehören, sollen über den Stillen Ozean verkehren, zwei andere Luftschiffe — deutsche Zeppeline — über den Atlantischen Ozean. Nicht mehr lange und die reichen Hacienderos aus Argentinien oder Brasilien werden von New York nach Buenos Aires oder nach Rio de Janeiro Zeppeline benutzen können.

So sieht die heutige deutsche „Propaganda der Tat" aus. Die Amerikaner sollen sich überzeugen, daß die Deutschen die tüchtigsten („most clever") Menschen sind. Vor Eintritt in den Weltkrieg — in den Jahren 1914/15 — haben die amerikanischen Deutschen eine andere „Propaganda der Tat" in den Vereinigten Staaten angewandt: eine besondere Kommission des Washingtoner Kongresses untersuchte die Sabotageakte, die damals von vielen Bürgern deutscher Abstammung begangen wurden. Auch damals waren die Deutschen „most clever", wenngleich auch die

Zeppeline nur bis London kamen. Aber nach 15 Jahren hat sich alles geändert. Es herrscht „dicke Freundschaft" (jest „dicke Freundschaft"). Und es gibt wenigstens Dollars für Herrn Eckener."

„Einen Kommentar zu dieser Berichterstattung müssen wir uns angesichts der absoluten Unmöglichkeit, bei einem derartigen Niveau eine gemeinsame Diskussionsplattform zu finden, selbstverständlich versagen."

Einen ähnlichen charakterlichen Tiefstand zeigte die polnische Presse in ihren Artikeln zu der kühnen Ozeanüberquerung durch die deutschen Flieger Köhl, Hühnefeld und Fitzmaurice im Jahr 1928. Die „Deutsche Rundschau" bringt eine aufschlußreiche Zusammenstellung von polnischen Pressestimmen:

„Als beim ersten Versuch den Ozean zu überqueren, das deutsche Flugzeug Köhl, Hühnefeld und Fitzmaurice umkehrte, schrieb die polnische Presse: „ die deutsche Ente wagt sich nicht über den Teich." Als das polnische Flugzeug „Marschall Pilsudski" im August 1928 auch umkehren mußte und bei Kap Finisterre abstürzte, wurden die Polen Kuballa und Idzikowski vom deutschen Dampfer „Samos" gerettet. . . . Die Anerkennung des Majors Kuballa über die Haltung der Deutschen bei der Rettung wurde von der gesamten polnischen Presse verschwiegen. Dagegen hat eine polnische Lodzer Zeitung das Geschick bedauert, das den Fliegern gerade ausgerechnet einen deutschen Dampfer als Rettungsengel entgegenschickte. . . . Zur geglückten deutschen Ozeanüberquerung zitierte ein polnisches patriotisches Blatt die Shakespeare-Worte: Oft fällt der Triumph Gaunern und Tyrannen zu!"

Das war polnische Geisteshaltung! Die polnische Verkommenheit hat es der deutschen Anständigkeit wirklich nicht leicht gemacht. Die deutsche Presse hat auf diese täglichen Angriffe und Verdächtigungen in entschiedener Weise geantwortet. Die „Deutsche Rundschau" hat es verstanden, durch Nachrichtenpolitik und geschicktes Nachdrucken und Schneiden von polnischen Pressestimmen von Zeit zu Zeit die Polen in ihrer ganzen Verkommenheit festzunageln.

So hat der polnische Marschall Pilsudski einige Tugenden der Polen treffend gekennzeichnet. Er muß wohl seine Polen am besten gekannt haben. Die „Deutsche Rundschau" gibt am

3. Juli 1928 ein Presseinterview des Marschalls wieder, das, wie die Rundschau besonders unterstreicht, in allen polnischen Blättern und auch von der Pat (Polnische Telegraphenagentur) veröffentlicht worden war.

Danach hat Pilsudski den polnischen Sejm als „Sejm der Straßendirnen" bezeichnet, dem polnischen Parlament „Schweinereien und Niederträchtigkeiten" vorgeworfen und erklärt, ein polnischer Abgeordneter scheine das Recht zu haben, „sich wie ein Schwein und ein Halunke" zu benehmen. Geschickt fügt die Rundschau noch eine Stellungnahme des Pilsudskifeindlichen „Kurjer Poznański" an, der wörtlich dazu erklärt:

> „ . . . Uns wundern derartige Schmeicheleien Pilsudskis nicht, doch wir schämen uns vor dem Auslande, das sich die Frage vorlegen wird, ob nicht allein der Sejm, sondern ob nicht auch Polen zeitweise ein „Spital der Idioten" ist!"

Die täglichen publizistischen Angriffe auf die Deutschen in Polen müssen als systematische Zermürbungsaktion gewertet werden. Diese unzähligen kleinen Stiche und Schikanen der polnischen Presse, wie der Behörden und der chauvinistischen Elemente, sollten den Deutschen den Aufenthalt in Polen verleiden. Hatten die Polen mit Gewalt einen großen Teil der Deutschen vertrieben, so sollte dieser tägliche Ärger die Deutschen veranlassen, freiwillig das „gastliche" Polen zu verlassen. Viele Deutsche haben auch tatsächlich diese letzte Konsequenz gezogen. Ein Reichsdeutscher kann sich kaum vorstellen, wie diese organisierte öffentliche Stimmungsmache der polnischen Presse auf den Deutschen mit polnischer Staatsangehörigkeit gelastet hat. Wie wir in den vorangegangenen Ausführungen festgestellt haben, fing die Hetze in der Schule gegen das deutsche Kind an und endete bei Überfällen auf harmlose deutsche Veranstaltungen. Worauf die polnischen Behörden nicht kamen, das fand dann die polnische Presse und versuchte von Fall zu Fall auf die Behörden und die Regierung einzuwirken.

Die deutsche Presse hat die bezeichnendsten Übergriffe und Verleumdungen festgehalten und scharf Stellung dazu genommen. Sie hat das tiefe Niveau der chauvinistischen polnischen Presse gekennzeichnet und dagegen die deutschen Erfolge und kulturellen Leistungen dem deutschen Leser nahegebracht. Was den deutschen Artikeln an Gemeinheit und Lügenhaftigkeit fehlte im Vergleich zu den polnischen Hetzern,

versuchte sie wettzumachen in dieser ungleichen Auseinandersetzung durch Anführen und Herausstellen von polnischen Pressestimmen, die gegen sich selbst sprachen.

9. Zusammenfassung.

Der publizistische Kampf zwischen der polnischen Presse und den deutschen Blättern in Polen in der Nachkriegszeit war im Grunde genommen eine Auseinandersetzung um die Existenz der Deutschen in Polen. Auf der einen Seite tobte die polnische Publizistik mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen das Deutschtum, auf der anderen Seite focht die deutsche Presse einen fast hoffnungslosen Kampf gegen Lüge und Verletzung des deutschen Rechtes.

Die Arbeitsweise der polnischen Presse in diesem Kampf war folgende:

Die Sprache war im allgemeinen volkstümlich gehalten und fast als grob zu bezeichnen. Scharfe, verletzende Ausdrücke gegen Deutsche waren an der Tagesordnung. Der chauvinistische und hetzerische Ton der Leitartikel sollte von vornherein eine sachliche und faire Auseinandersetzung mit dem Deutschtum unmöglich machen.

Bewußt hat die polnische Presse die Lüge angewandt und sobald es ihr paßte, die Tatsachen umgedreht.

In der ständigen Wiederholung sah die polnische Publizistik ein Mittel, um den polnischen Lesermassen Tag für Tag einzuhämmern, daß die Deutschen Staatsfeinde, Verräter und Spione seien.

Wiedergutmachung war ein bewährtes polnisches Schlagwort. Die Polen hätten das Unrecht, das ihnen unter preußischer Herrschaft angetan worden sei, im Kampf gegen das deutsche Element im abgetretenen Gebiet wieder gutzumachen. Eine systematische Zermürbungsaktion durch tägliche Angriffe sollte das Deutschtum zum freiwilligen Verzicht auf sein Lebensrecht in Polen bringen.

Das Herunterreißen deutscher Erfolge kultureller, technischer und sportlicher Natur sollte die eigene Unfähigkeit verdecken.

Das Mittel der öffentlichen Anprangerung als Gesinnungsterror gegen noch nicht verhetzte Polen.

Durch Aufstellen sogenannter nationaler Pflichten sollte in vielen Fällen ein Druck auf die polnischen Behörden ausgeübt werden. Dabei spielte die Drohung mit Unruhestiftung unter der polnischen Bevölkerung keine geringe Rolle.

Wir finden also bei der polnischen Presse die drei großen Gesetze der Massenführung[39]), wieder, die von der polnischen Presse freilich zu Ungunsten der Deutschen in Polen angewandt wurden. Die Hauptfaktoren des Gesetzes der geistigen Vereinfachung treten klar hervor. Die polnische Presse personifizierte ständig die Deutschen mit Verbrechern und Spionen. Der einzelne Fall und der einzelne angeklagte Deutsche wird zum exemplarischen Vertreter des Deutschtums gestempelt. In der Schilderung der Deutschen wendet die polnische Publizistik die schroffste Schwarz-weiß-Malerei an.

Der Haß der polnischen Leser gegen die Deutschen wird mit jedem Bericht weiter geschürt. Es gibt wohl kaum eine Verdächtigung, die die polnische Presse den Deutschen in Polen nicht unterstellt hat. Mit diesen Momenten ist auch das zweite Gesetz der gefühlsmäßigen Steigerung nachgewiesen.

Die polnischen Leitartikel haben immer wieder das eine politische Ziel als Inhalt: die Deutschen als Staatsfeinde, Verräter und Verbrecher zu brandmarken. Sei es in der Behandlung der Optanten, wo deren Ausweisung von der polnischen Presse mit der Begründung der Staatsfeindlichkeit der Deutschen gefordert wird, sei es in der Liquidationsfrage, wo der deutsche Besitz als feindliches Kapital in Polen dargestellt wird, sei es in der Agrarreform oder während der Prozesse gegen die Deutschen, immer der gleiche Inhalt, wenn auch in neue Worte gefaßt: die Deutschen sind die Feinde Polens. So ist auch das dritte Gesetz, das Gesetz der hämmernden Wiederholung gegeben.

Die „Deutsche Rundschau" in Polen, wie die gesamte damalige deutsche Presse, hat entgegengesetzte Methoden angewandt.

Ihre Sprache ist ruhig und sachlich. Zeitweise sind ihre Entgegnungen fast im Aufsatzstil gehalten. In ihren Leitartikeln finden wir öfters klassische und biblische Beispiele angeführt. Immer wieder betont sie ihren Verständigungswillen.

[39]) Nach Prof. Dr. Dovifat Vorlesung: Die publizistischen Führungsmittel.

Die deutsche Presse will Verteidigerin des deutschen Rechtsstandpunktes sein. Ihre Parole lautet: „Für Wahrheit und Recht".

Immer wieder stellt sie die deutschen Forderungen auf Grund der Verträge in den Vordergrund und versucht durch Gegenüberstellung von Gesetzesparagraphen und ihrer Anwendung in Polen die tatsächliche Lage der deutschen Volksgruppe zu kennzeichnen.

Die geschichtlichen Leistungen der Deutschen im Osten werden herausgestellt, um die polnische These von den „deutschen Eindringlingen" und der „geraubten polnischen Erde" zu widerlegen.

Die Veröffentlichungen der vielen Proteste und Interpellationen der deutschen Abgeordneten sollen die Benachteiligung der Deutschen in Polen beweisen.

Den scheinbaren Gegensatz zwischen Regierungserklärungen und polnischen Pressestimmen in den deutschen Fragen stellt die deutsche Presse des öfteren als polnische außenpolitische Tarnung fest.

Berichte über die Lage der Polen im Reich sollen die Rechtlosigkeit der Deutschen in Polen im Gegensatz zur gleichberechtigten polnischen Minderheit im Reich beleuchten.

Das Anführen von polnischen Pressestimmen in den deutschen Blättern soll den charakterlichen Tiefstand der polnischen Presse beweisen.

Aus dieser Gegenüberstellung von polnischen Methoden und deutschen Arbeitsformen innerhalb der Presse erkennen wir, daß die deutsche Presse in Polen in diesen Jahren ihre Aufgabe erblickte in dem Abwehrkampf gegen die polnische Entdeutschungspolitik. Sie stritt für das deutsche Recht und die Wahrheit, die auf deutscher Seite stand.

Die deutsche Presse hat wohl auf die einzelnen Angriffe der polnischen Presse von Fall zu Fall geantwortet, dagegen können wir wohl nicht von einer geistigen Vereinfachung sprechen. Die Sprache der „Deutschen Rundschau" ist vielmehr als sachlich zu bezeichnen und im Vergleich zur polnischen Presse ist sie nicht so wuchtig und eindringlich.

Während die polnische Presse bewußt und ganz stark an die politischen Instinkte der breiten polnischen Masse appellierte, beschränkte sich die deutsche Presse auf ein vornehmes und gefaßtes Richtigstellen. Der Ton der „Deutschen Rundschau" wird zuweilen scharf, fällt aber niemals aus der Rolle. Eine von der deutschen Presse gewollte Steigerung der nationalen Leidenschaften ist kaum zu beobachten.

Wenn wir bei der polnischen Presse von einer hämmernden Wiederholung sprechen können, so werden wir bei der „Deutschen Rundschau" dies eher eine hinweisende Wiederholung nennen müssen. Wir finden wohl ständig den deutschen Rechtsstandpunkt gewahrt und Hinweise auf die verpflichtenden Verträge, wir beobachten die immer wiederkehrende Betonung der deutschen geschichtlichen Leistungen im Osten und die Darstellung der schlechten Lage des Deutschtums in Polen, aber eine „hämmernde" Wiederholung ist dies nicht.

Während die polnische Presse systematisch ihre Angriffe gegen das Deutschtum und seine Presse führte und stur, aber planmäßig ihre Lügen und Verleumdungen wiederholte, indem sie einfach die Richtigstellungen der deutschen Presse überging, hat die deutsche Presse in Westpreußen und an ihrer Spitze die „Deutsche Rundschau", das bedeutendste Blatt der deutschen Einheitsfront, den Rowdyton der polnischen Blätter von Fall zu Fall mit entschiedenen, aber ruhigen und sachlichen Feststellungen abgewehrt. „Wahrheit und Recht sind die besten Verteidiger" so erklärte die „Deutsche Rundschau", und in diese Formel können wir auch die nationalen Aufgaben bringen, die sich die deutsche Presse in Polen gestellt hatte.

Die Abwehr ist das Kennzeichen der damaligen deutschen Presse in Polen, sie ist noch nicht Führungsmittel einer Volksgruppenführung zur Mobilisierung der Deutschen in Polen. Diese verteidigende Haltung wurde nicht nur bestimmt durch den Zensor, denn wir haben viele scharfe und beißende Entgegnungen in den Spalten der Rundschau gefunden, sondern ist die Folge davon, daß die Deutschen in Polen erst die Entwicklung von Reichsdeutschen zu Volksdeutschen beenden mußten, um die erfolgreichen Methoden im volkspolitischen Kampf zu finden.

Die deutsche Presse in Polen in diesen Jahren kann als eine Gesinnungspresse deutschbewußter Haltung bezeichnet werden.

10. Quellenangabe.

1. Auswärtiges Amt 1939 Nr. 2
   Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.
   Berlin 1939. Gedruckt in der Reichsdruckerei.

2. v. Bernatt, Stanislaus
   Die deutsche politische Tagespresse Polens.
   Dissertation, München 1926.

3. Günzel, Walter
   Die nationale Arbeit der polnischen Presse in Westpreußen und Posen zur Zeit der Kanzlerschaft Bülows 1900—1909.
   Dissertation, Leipzig 1933.

4. Dr. Haase, Berthold
   Der deutsch-polnische Staatsvertrag über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen.
   Berlin, Carl Heymanns Verlag 1925.

5. Dr. Heide, Walther
   Das Handbuch der deutschsprachigen Zeitungen im Ausland.

6. Jaeckel, Maria
   Die kultur- und volkspolitische Wirksamkeit der deutschen Presse in Ost-Oberschlesien von 1919—1932.
   Dissertation, Köln 1933.

7. Kindt, Hermann
   Die Deutschen und ihre Presse in Polen.
   Aufsatz in der Deutschen Akademikerzeitung Folge 4, 1. Februar 1929.

8. Mornik, Stanislaus
   Polens Kampf gegen seine nichtpolnischen Volksgruppen.
   Walter de Gruyter, Berlin und Leipzig 1931.

9. Möller, Walter
   Die deutsche Presse in Polen.
   (Anfang, Entwicklung und Gegenwartslage.)
   Diplomarbeit an der Hochschule für Politik, Sommer-Semester 1938.

10. Styra, Robert
Das polnische Parteienwesen und seine Presse.
Posen 1926.

11. Wingendorf, Rolf
Die Vernichtung der deutschen Presse in Polen.
Danzig-Langfuhr, Brückenverlag 1921.

12. Eingaben und Denkschriften zur Agrarreformfrage.
Gesammelt von der Deutschen Vereinigung e. V. Bromberg.

13. Das Handbuch der Weltpresse.

14. Para (Polnischer Pressekatalog 1933).

15. Die „Deutsche Rundschau" in Polen.
Jahrgang 1925—1930.